

354
Kenntnis genommen:

Pris connaissance: 17.6.91

R

Eidgenössisches
VolkswirtschaftsdepartementEidgenössisches Verkehrs- und
Energiewirtschaftsdepartement

3003 Bern, 10. Juni 1991

*Informationsnotiz*An den BundesratInternationale Energie-Agenturen (IEA) in Paris; Ergebnisse der Ministerkonferenz vom 02./03. 06. 1991

Zum ersten Mal seit der Gründung der IEA vor 15 Jahren hat ein schweizerischer Energieminister - Herr Bundesrat Adolf Ogi, Chef des EVED - diese Ministerkonferenz präsiert. Die schweizerische Delegation wurde von Herrn Staatssekretär Franz A. Blankart angeführt. Zum ersten Mal nahmen an dieser Konferenz auch Finnland und Frankreich teil. Mit letzterem sind nun alle EG-Länder in der IEA vertreten.

Vor dem Minister-Nachessen vom 2. Juni traf sich Bundesrat Ogi mit Herrn Eiichi Nakao, dem japanischen Minister für internationalen Handel und Industrie (MITI), und anschliessend mit Herrn Antonio Cardoso e Cunha, dem EG-Kommissar für Energie.

Herr Nakao hatte um das Treffen ersucht, um die (bekannten) Positionen Japans zu einigen umstrittenen Fragen im Pressemitteilungsentwurf darzulegen: Grosse Bedeutung der Kernenergie, nicht-diskriminatorische Ausgestaltung der Europäischen Energie-Charta und Notwendigkeit eines effizienten Technologie-Transfers in die Entwicklungsländer. Auf Anfrage von Bundesrat Ogi gaben er und einer seiner sieben anwesenden Mitarbeiter Auskunft über die Entsorgung radioaktiver Abfälle in Japan (im Grundsatz ähnlich wie CH) und über die Akzeptanz der Kernenergie in der Bevölkerung (Einsicht in die Notwendigkeit, v. a. nach dem Golfkrieg und wegen des CO₂ - Problems, trotz der sehr starken Sensibilisierung der Bevölkerung wegen der Atombombeneinsätze während des zweiten Weltkriegs).

Herr Cardoso e Cunha nahm Kenntnis von den grossen schweizerischen Anstrengungen für Europa im Verkehrsbereich und würdigte die Rolle der Schweiz im Herzen Europas für den internationalen Stromaustausch. Er erläuterte die positive Haltung der Kommission bezüglich einer für alle OECD-Länder offene Europäische Energie-Charta. Allerdings hätten zwei Mitgliedsländer Reserven (F: nur auf Europa beschränkt; E: auch Algerien und Marokko), weshalb die EG einer Pressemitteilung nicht zustimmen könnte, in welcher der Spielraum der EG eingeschränkt würde, bevor der Rat darüber entscheidet. Im übrigen erachtete Herr Cardoso e Cunha die IEA-Tagung als "grande messe bien préparée".

Nach Beendigung des Golf-Krieges und den Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa sowie in der UdSSR ging es den Ministern um die Sicherung der Energieversorgung in den Neunziger Jahren durch eine weitere Diversifizierung der Angebots- und Verbrauchsstrukturen, eine rationelle Energieverwendung und durch den Einsatz von Energietechnologie, Forschung und Entwicklung.

Im Vordergrund der Diskussionen standen allerdings die vier verbliebenen kontroversen Themen:

- Zukünftige Rolle der Kernenergie und ihr Beitrag zu einer diversifizierten Energieversorgung sowie zu einer Entlastung der CO₂ - Emissionen;
- Beitrag der Energiepolitik zum Schutz der Umwelt
- Europäische Energie-Charta
- Zusammenarbeit zwischen Ölproduzenten- und Konsumentenländern

Bereits am Nachessen der Minister vom 2.6.91 gelang es, einen Kompromiss zu finden bezüglich der zukünftigen Rolle der Kernenergie, und die seit Tschernobyl wieder eingetretene Verhärtung der Fronten etwas aufzulockern. Es bestehen jedoch weiterhin erhebliche Meinungsunterschiede bezüglich der Kernenergie zwischen Ländern, die Kernenergieanlagen betreiben, resp. die Kernenergie weiter ausbauen werden, und denjenigen, die entweder keine Kernkraftwerke betreiben oder diese langfristig aufgeben wollen. Auch in Zukunft wird deshalb jedes IEA-Land selber entscheiden müssen, wie sein Elektrizitätsbedarf zu decken sein wird.

Dass die Energiepolitik einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Umwelt leisten kann, ist unbestritten. Die Schweiz hat diesbezüglich das Aktionsprogramm Energie 2000 und seine Zielsetzungen vorgestellt, und eine englische Fassung des Programmes an alle Mitgliedländer verteilt. Insbesondere hat unsere Delegation auf die Notwendigkeit einer Harmonisierung von Massnahmen bezüglich der anstehenden Umweltprobleme hingewiesen; dabei sollten marktwirtschaftliche Instrumente im Vordergrund stehen. Nur durch entsprechende Anstrengungen können Wettbewerbsverzerrungen und Handelshemmnisse abgebaut oder vermieden werden. Gleichzeitig hat die Schweiz einmal mehr auf den engen Zusammenhang zwischen Energie-, Umwelt- und Verkehrspolitik aufmerksam gemacht und auf die Bedeutung der Förderung des öffentlichen Verkehrs und auf ihre eigenen Anstrengungen auf diesem Gebiet hingewiesen. Die Schweiz hat die IEA aufgefordert, eine wesentlich aktivere Rolle in diesem Bereich zu spielen.

Die Europäische Energie-Charta, resp. die daran zu beteiligten Länder, beschäftigte die Delegationschefs bereits beim Nachessen. Es gelang jedoch erst am zweiten Tag, einen akzeptablen Communiqué-Text fertigzustellen, ohne dass jedoch die Frage der Teilnahme gelöst werden konnte. Dies hängt damit zusammen, dass die EG-Länder und die EGK diesen Entscheid erst in der zweiten Hälfte dieses Monats in Brüssel endgültig fällen. Immerhin darf nun mit grosser Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass neben den west-, mittel- und osteuropäischen Staaten inkl. UdSSR auch die aussereuropäischen OECD-Länder zur Teilnahme an der Ausarbeitung einer Energie-Charta eingeladen werden.

Eine Ausweitung der Kontakte mit ölproduzierenden Ländern zur Verbesserung der Transparenz und zur Förderung der Kommunikation und des gegenseitigen Verständnisses blieb unbestritten. Andererseits wurde klar festgestellt, dass Ölfördervolumen und Ölpreise kein Gesprächsthema sein können und den Marktkräften überlassen bleiben müssen. Allfällige Kontakte zwischen Ölmarktteilnehmern sollten nach Auffassung der Minister möglichst informell und breit abgestützt sein.

Viel mehr zu reden gab in diesem Zusammenhang die von Frankreich beim Mittagessen der Minister erneut vorgetragene "franco-venezuelanische Initiative", die allerdings in der IEA-Pressemitteilung keine namentliche Erwähnung fand. Frankreich und Venezuela wollen am 12. Juli 1991 in Paris ein "Regierungsseminar" durchführen; es handelt sich also weder um eine internationale Konferenz, noch um ein Expertentreffen. Die Namenwahl dieser Veranstaltung soll offenbar bestehende Bedenken seitens gewisser Länder überwinden helfen. Eingeladen sind u. W. seitens der Ölproduzenten neben Venezuela: Algerien, Aegypten, Indonesien, Iran, Mexiko, Nigeria, Norwegen, Oman, Saudiarabien, die VAE und die UdSSR; von den Verbraucherländern neben Frankreich: Brasilien, BRD, CFSSR, Grossbritannien, Indien, Italien Japan, Kanada, Korea, Niederlande und die USA. Gleichzeitig sollen auch internationale Organisationen wie die IEA, OPEC, GCC, EGK, BERD, WP, IMF und die grossen integrierten Ölgesellschaften eine Einladung erhalten. Die Tagesordnung liegt noch nicht vor, aber nach inoffiziellen Angaben sollen an diesem Seminar Themen erörtert werden wie die Funktionsweise des Ölmarktes, Energiepolitik, Austausch von Marktinformationen und Daten, inkl. Prognosen über zukünftige Ölmarktentwicklungen, industrielle Zusammenarbeit, "upstream und downstream" Investitionen und Bedingungen.

Nach Ansicht der Franzosen besteht der Zweck dieses Seminars darin, von der Konfrontation zur Kooperation zu gelangen, dies im Rahmen der Marktwirtschaft. Die Festlegung von Preisen und Mengen ist nicht geplant. Falls nützlich, soll das Seminar wiederholt, hingegen nicht strukturiert werden. (Allerdings gibt es Hinweise, wonach Frankreich im Rahmen der G-7 versucht, diese "Kontakte" zu institutionalisieren.)

Die Stellungnahmen (BRD, Japan, USA, Kanada, EG-Kommission) waren zurückhaltend bis kritisch. Die Hauptbefürchtung war, dass man diese "Kontakte" nicht zu kontrollieren vermöge, weshalb man am Schluss dann doch in einen gewissen Interventionismus gelange (BRD, Japan, Kanada). Die Initiative sei unnötig (USA) oder eine Illusion, da der Markt Kooperation und Konfrontation beinhalte (EG-Kommission). Letztere sieht höchstens im Thema "Cross-investments, up-and downstream" ein Interesse. Staatssekretär Blankart gab eine gemässigte Stellungnahme ab: Die Initiative sei von Interesse und entspreche einem Bedürfnis, dürfe aber weder die Marktmechanismen (Preise, Menge) beeinträchtigen, noch zu neuen internationalen Strukturen vom Typus KIWZ führen. Wichtige Länder seien nicht eingeladen, weshalb die IEA als "clearing house" funktionieren müsse. Frau Steeg teilte diese Ansicht. In einem bilateralen Kontakt mit dem neuen französischen Handelsminister Dominique Strauss-Kahn hat dieser Herrn Blankart mündlich zugesagt, die Schweiz zu diesem Seminar einzuladen. Die Erfahrung zeigt, dass man gut daran tut, bei internationalen Aktivitäten von Anfang an dabei zu sein.

- 4 -

Den Wortlaut der IEA Pressemitteilung vom 03.06.91 finden Sie in der Beilage.

Wir bitten Sie, von den Ergebnissen der IEA-Ministertagung vom 2./3. Juni 1991 Kenntnis zu nehmen.

Eidg. Volkswirtschaftsdepartement

Eidg. Verkehrs- und
Energiewirtschaftsdepartement



J.-P. Delamuraz



Adolf Ogi

Beilagen:

1. Erklärung der Schweizer Delegation vom 03.06.91;
2. IEA-Pressemitteilung vom 03.06.91 (d/f/e);
3. Schweiz. Pressemitteilung vom 03.06.91 (d/f);
4. Liste der Delegationschefs.

Ministerkonferenz der
Internationalen Energieagentur (IEA)
vom 2./3. Juni 1991

Erklärung der schweizerischen Delegation,
vorgetragen von Staatssekretär Franz BLANKART

Herr Präsident,

Meine Damen und Herren,

Lassen Sie mich zunächst Finnland und Frankreich als neue Mitglieder herzlich willkommen heissen. Auch möchte ich dem Sekretariat für die ausgezeichnete Vorbereitung dieser Konferenz geziemend danken.

Die Annäherung zwischen Ost und West und die erfolgreiche Beendigung des Golf-Krieges haben die Ungewissheiten über die Zukunft der Energieversorgung nicht verringert, im Gegenteil. Der Zeitpunkt für diese Ministertagung ist deshalb günstig.

So hat die IEA sicherzustellen, dass innerhalb eines gemeinsam definierten Rahmens die länderweisen Energiepolitiken zielgerichtet weiter entwickelt werden.

Die 1977 verabschiedeten energiepolitischen Grundsätze der IEA sind deshalb aufgrund der veränderten Umstände zu überdenken und den neuen Herausforderungen anzupassen. Die nächste Ministertagung könnte dann die überarbeiteten IEA-Grundsätze genehmigen und veröffentlichen.

Lassen Sie mich nun auf einzelne Themen der Traktandenliste eingehen.

Zu Recht steht die Bereitschaft der IEA im Fall künftiger Oelversorgungskrisen im Zentrum unserer Diskussion.

Die speziellen Begleitumstände der Golf-Krise haben auch im Rahmen der IEA aussergewöhnliche Vorbereitungsverfahren gerechtfertigt. Diese Massnahmen dürfen aber nicht zum Massstab künftiger Krisenbewältigungen werden, denn eine echte Mangellage hat zu keinem Zeitpunkt bestanden. Wir unterstützen weitere Massnahmen zur Stärkung des Notstandssystems. So muss das IEA-Notstandssystem den sich ändernden Bedrohungsszenarien resp. den Veränderungen der Oelmärkte und -versorgungsstrukturen ständig angepasst werden.

Insbesondere unterstützen wir die Aufforderung an die IEA-Mitgliedländer, nicht nur ihre im Internationalen Energieprogramm festgelegten Notstandsreserven im Umfang von mindestens 90 Import-Tagen zu erhalten, sondern diese über dieses Niveau hinaus aufzustocken.

Einige Grundsätze des Notstandssystems dürfen nicht in Frage gestellt werden. Voraussetzung für den Einsatz des IEA-Krisensystems ist und muss ein "voraussehbares oder tatsächliches quantitatives Oelversorgungsdefizit" bleiben. Massnahmen, welche die Oelpreisbeeinflussung zum vorrangigen Ziel haben, könnten wir nicht zustimmen. Die Krisen-Instrumente "Lagerabbau" und "Nachfragedrosselung" müssen weiterhin als gleichwertig anerkannt bleiben. Die Mitgliedländer müssen frei entscheiden können, welche individuellen Instrumente sie zu welchem Zeitpunkt und in welchem Ausmass zur Anwendung bringen wollen. Der zum Einsatz gelangende Massnahmen-Mix muss in der Lage sein, das in einer Versorgungskrise länderspezifisch gesetzte Ziel im Rahmen eines angemessenen "burden sharing" zu erfüllen.

Der Bereich Energie und Umwelt ist für uns angesichts der Widerstände gegen neue Energieversorgungsanlagen sowie angesichts der Luftverschmutzung und der Klimaproblematik immer wichtiger geworden.

Die Akzeptanz von neuen Energieversorgungsanlagen leidet vor allem aus Gründen der damit verbundenen Umweltbelastung. In der Schweiz gilt dies z.B. für elektrische Uebertragungsleitungen und den weiteren Ausbau der Wasserkraft.

Die Kernenergie Diskussion hat während Jahren die Energiepolitik gelähmt. Am 23. September 1990 hat das Schweizer Volk zwar eine Initiative verworfen, welche den Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie verlangte, die Moratoriumsinitiative wurde jedoch angenommen. Damit können wir in der Schweiz die bestehenden Kernkraftwerke weiter betreiben, während zehn Jahren jedoch keine neuen Bewilligungen mehr erteilen.

Gleichzeitig hat das Volk mit grossem Mehr einen Energieartikel in der Bundesverfassung angenommen, welcher dem Bund vermehrte Kompetenzen für eine rationelle Energieverwendung und für die Förderung erneuerbarer Energien gibt. Entsprechend hat meine Regierung am 27. Februar 1991 das "Aktionsprogramm Energie 2000" gutgeheissen, das wir Ihnen eben verteilt haben.

Ziele des Aktionsprogramms sind:

Der Gesamtverbrauch der fossilen Energien und die CO₂-Emissionen sollen bis 2000 mindestens stabilisiert und anschliessend gesenkt werden.

Das Wachstum des Elektrizitätsverbrauchs soll in den Neunzigerjahren zunehmend gedämpft und die Nachfrage ab 2000 ebenfalls stabilisiert werden.

Im Jahre 2000 sollen ferner ein halbes Prozent unserer Elektrizitätserzeugung und drei Prozent der mit fossilen Brennstoffen produzierten Wärme durch neue erneuerbare Energien gedeckt werden.

Diese Ziele sind ambitiös, aber keine Utopien. Sie erfordern erhebliche Anstrengungen. Damit sollen bis zur Jahrhundertwende wesentliche Beiträge zur Energieversorgungssicherheit und zur Entlastung der Umwelt erbracht werden. Die Verwirklichung dieser

Politik bedingt zwingend einen aktiven Energiefrieden, d.h. die Ausrichtung aller massgeblichen Kräfte (v.a. Energiewirtschaft, Umweltorganisationen, Gemeinden, Kantone und Bund) auf das gemeinsame Ziel, sowie eine Vielzahl von konkreten Massnahmen, Aktionen und Investitionen auf allen Ebenen.

Grosse Fortschritte wurden bereits in den letzten Jahren bei der Verminderung der Luftbelastung aus der Verbrennung fossiler Brenn- und Treibstoffe vor allem beim Schwefeldioxid erzielt. Dank der Einführung des Katalysators werden in den kommenden Jahren auch die Stickoxid- und Kohlenwasserstoffemissionen wesentlich vermindert werden können.

Das schweizerische Luftreinhaltekonzept zeigt jedoch, dass mit ihm die technischen Möglichkeiten erschöpft und weitere Verminderungen der Emissionen nur mit einer rationellen Energieverwendung und längerfristig durch den Einsatz von nicht-fossilen Energien erzielt werden können.

Die Mittel: Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie Verbrauchsstandards für Motorfahrzeuge. Grosse Anstrengungen werden beim öffentlichen Verkehr unternommen (Bahn und Bus 2000, neuer Alpentransit, Verlagerung des Gütertransitverkehrs auf die Schiene, technische Fortschritte). Wir haben an der letzten Ministertagung vorgeschlagen, dass die IEA in den Bereichen des Verkehrs vermehrt aktiv werden soll. Entsprechende Arbeiten sind angelaufen, aber leider noch nicht verfügbar. Sie sind heute dringlicher denn je. Wir fordern die Agentur auf, diese Anstrengungen energisch und gezielt fortzusetzen und zu verstärken und konkrete Empfehlungen zu Händen der Mitgliedländer zu erarbeiten. Wir gehen davon aus, dass dies noch in diesem Jahr der Fall sein wird. Nochmals: Die Verlagerung des Gütertransitverkehrs auf die Schienen ist ein absolutes Postulat, wenn wir den Verkehrsinfarkt und die Umweltvernichtung in Europa vermeiden wollen. Die Schweiz ist bereit, auf ihrem Territorium die notwendigen Investitionen zu finanzieren und zu realisieren.

Das Klimaproblem stellt eine zentrale Herausforderung für unseren Umgang mit Energie dar. Eine globale Klimakatastrophe mit

unabsehbaren Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft ist nicht auszuschliessen, wenn wir unsere Strukturen der Energieversorgung und des Verbrauchs nicht fundamental ändern und die Entwicklungsländer unsere heutigen Strukturen übernehmen.

Eine Zusammenarbeit auf globaler Ebene ist notwendig. Dabei müssen die Industrieländer angesichts ihrer technischen und finanziellen Möglichkeiten und ihres überproportionalen Verbrauchs mit dem guten Beispiel vorangehen. Die Entwicklungsländer und die Oststaaten sind aber einzubeziehen; sie benötigen unsere aktive Unterstützung.

Die IEA hat deshalb in diesem Sektor eine wesentlich aktivere Rolle zu übernehmen. Die wertvollen Untersuchungen und Erfahrungen sind gezielt zu nutzen. Es sind konkrete Empfehlungen für ein harmonisiertes Vorgehen unter den Mitgliedländern zu erarbeiten. Ansonst werden mögliche Fortschritte verzögert oder gar verhindert, da der Alleingang zusätzliche Kosten verursacht und Wettbewerbsnachteile und Handelsverzerrungen mit sich bringt. Die Harmonisierung soll, wo immer möglich, auf marktwirtschaftlichen Massnahmen beruhen. Dazu gehören insbesondere Energie- und Lenkungssteuern. Erforderlich sind ferner gemeinsame Prüfverfahren und Effizienzstandards für Geräte, Apparate und Fahrzeuge auf möglichst hohem Anspruchsniveau. Damit soll der Weg für ein harmonisiertes Vorgehen geebnet werden.

Die Schweiz begrüsst die Verstärkung der Beziehungen der IEA mit Nicht-Mitgliedländern. Allein, da die anstehenden Probleme globalen Charakter haben, darf es nicht zu einer einseitigen Konzentration auf gewisse Ländergruppen oder Regionen kommen. Ein solches Vorgehen könnte auch die Kohäsion innerhalb der IEA selbst beeinträchtigen. Vielmehr sind die Entwicklungen im Energiebereich in einer globalen Perspektive zu verfolgen, damit ihre Auswirkungen auf die IEA-Länder frühzeitig erfasst, ausgewertet und wenn nötig in energiepolitische Massnahmen umgesetzt werden können. Auch müssen Prioritäten gesetzt werden.

Die Schweiz begrüsst die Schaffung einer Europäischen Energie-Charta. Hierbei sollte sich die Teilnahme auf den Kreis der OECD-Länder abstützen. Eine solche Oeffnung drängt sich auf, da die Nachfrage nach "know how", Technologie und Investitionen in den Ländern Mittel- und Osteuropas und in der UdSSR enorm ist. Wir können uns eine aktive Rolle der IEA vorstellen, einerseits auf Grund ihrer fachlichen Kompetenz und andererseits als geeignetes Diskussionsforum. Zudem wäre die IEA für die Uebernahme des vorgesehenen Sekretariates prädestiniert.

Die Bestimmungen der Energie-Charta müssen nicht-diskriminierend sein. Sie müssen die Voraussetzungen schaffen, dass insbesondere die Privatwirtschaft ihre Tätigkeit entfalten kann. Dabei gilt es, Doppelspurigkeiten mit bestehenden Organisationen zu vermeiden.

Wir unterstützen auch Kontakte mit ölproduzierenden und -exportierenden Ländern. Ein sorgfältiges Vorgehen ist jedoch notwendig. Ich denke an die Abklärung der Themen und -des - institutionellen Rahmens. Solch ein Vorgehen ist Voraussetzung für die allfällige Einleitung einer breit abgestützten Diskussion zwischen oelverbrauchenden und ölproduzierenden Ländern.

IEA/PRESSE(91)7
 Paris, den 3. Juni 1991

KOMMUNIQUE

INTERNATIONALE ENERGIE-AGENTUR

Ministertagung des Verwaltungsrats

3. Juni 1991

1. Der Verwaltungsrat der Internationalen Energie-Agentur (IEA) tagte am 3. Juni 1991 in Paris auf Ministerebene unter dem Vorsitz S.E. Adolf Ogi, Bundesrat, Ministerium für Verkehr, Kommunikationswesen und Energie (Schweiz).

I. HISTORISCHE UMWÄLZUNGEN PRÄGEN ENTWICKLUNG IM ENERGIEBEREICH

2. Die Minister erörterten die gegenwärtige Energiesituation vor dem Hintergrund der bedeutenden Entwicklungen, die seit ihrer letzten Tagung im Mai 1989 eingetreten sind:

- Golfkrise und Krieg am Golf,
- ständig wachsende Bedeutung der Wechselbeziehungen zwischen Energie und Umwelt,
- Bewegung hin zur Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa und neue energiewirtschaftliche Verbindungen zum Westen,
- Ungewißheit über die energiewirtschaftliche Entwicklung in der nun mit Reformen beginnenden Sowjetunion,
- weiterhin rasch steigender Energieverbrauch in vielen Nichtmitgliedstaaten und deren verstärktes Auftreten auf den Weltenergiemärkten.

IEA/PRESSE(91)7

3. Im Blick auf die Jahrhundertwende und die Zeit danach und in Anbetracht der aus diesen historischen Entwicklungen für den Energiesektor erwachsenden Konsequenzen maßen die Minister folgenden vier Aspekten der gegenwärtigen Situation besondere Bedeutung bei:

- *Krisenvorsorge:* Die Golfkrise hat die IEA-Mechanismen für die Reaktion in Krisensituationen auf die Probe gestellt und ihren Wert erwiesen, indem die Mitgliedstaaten den politischen Willen zu konzertiertem Handeln demonstriert haben. Angesichts der Tatsache, daß die Abhängigkeit des OECD-Raums von Ölimporten sowie von Öllieferungen aus dem Mittleren Osten weiter zugenommen hat, kamen die Minister zu dem Ergebnis, daß die IEA-Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen fortsetzen müssen, um ihre Anfälligkeit gegenüber Unterbrechungen der Ölversorgung weiter zu verringern.
- *Sicherung der Energieversorgung:* Die Minister stellten fest, daß eine Verminderung der Anfälligkeit gegenüber Versorgungsstörungen es auch künftig erforderlich machen wird, hinsichtlich der Energieträger als auch in bezug auf die Bezugsquellen ein diversifiziertes Energieangebot sicherzustellen. Die Energieversorgungssicherheit würde weiter verbessert werden, wenn die Mitgliedsländer alle wirtschaftlich und ökologisch sinnvollen Möglichkeiten nutzen, um die Energieerzeugung weltweit zu fördern. Die Minister betonten, daß Verbesserungen im Bereich der sparsamen und rationellen Energieverwendung, die Einführung neuer Technologien und die Entwicklung wettbewerbsfähiger Märkte sowie Handelsliberalisierungen ebenfalls wesentlich dazu beitragen, die Herausforderung der Energieversorgungssicherheit zu bewältigen.
- *Energie und Umwelt:* Die Minister bekräftigten ihre feste Entschlossenheit, integrierte Politiken zu entwickeln, die die Zielsetzungen der Energieversorgungssicherheit, des Umweltschutzes und nachhaltigen Wirtschaftswachstums fördern. Sie begrüßten die Fortschritte, die die OECD-Länder in dieser Hinsicht gemacht haben, und verwiesen dabei vor allem auf das in allen Wirtschaftssektoren und in der Öffentlichkeit erkennbare geschärfte Umweltbewußtsein. Insbesondere befaßten sich die Minister mit der Herausforderung, die das Problem globaler Klimaveränderungen für den Energiesektor bedeutet.
- *Nichtmitgliedstaaten:* Die Minister begrüßten die zunehmende Konvergenz der Interessen der OECD-Länder und der Nichtmitgliedstaaten im Energiebereich. Da der Weltenergieverbrauch jetzt zur Hälfte auf die Länder außerhalb des OECD-Raums entfällt, unterstrichen die Minister die Notwendigkeit, die Beziehungen der IEA zu diesen Ländern auszubauen. Eine Unterstützung der Nicht-OECD-Länder bei der

IEA/PRESSE(91)7

Entwicklung und gegebenenfalls Umstrukturierung ihrer Energiesysteme bezeichneten sie als für beide Seiten nützlich. Die Minister verwiesen auf die Bedeutung vernünftiger Beziehungen zu den Ölförderländern und stimmten darin überein, daß die Kontakte weiter ausgebaut werden sollten, um die Kommunikation und das Verständnis unter den Ölmarktteilnehmern zu fördern.

II. GOLFKRISE UND KRISENVORSORGE

4. Die Minister erinnerten an die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt der IEA-Länder während der gesamten Dauer der Krise sowie an die Entschlossenheit und den Pragmatismus, der es den Mitgliedstaaten ermöglichte, ihren Notstandsplan einhellig zu beschließen und sodann im Vorgriff auf mögliche Lieferausfälle flexibel umzusetzen. Sie begrüßten die Beteiligung Finnlands, Frankreichs und Islands an dem Plan und sprachen dem Beirat der Mineralölindustrie ihre Anerkennung für die wertvollen Ratschläge aus, die er dem Verwaltungsrat während der Krise erteilt hat. Sie äußerten sich anerkennend über die kooperative Haltung der Ölförderstaaten, die während der Krise ihr Fördervolumen erhöhten, um einen Ausgleich für die Lieferausfälle aus Irak und Kuwait zu schaffen. Die Minister wiesen darauf hin, daß die IEA untersuchen muß, wie Nichtmitgliedstaaten bei der Krisenvorsorge - unter Rückgriff auf IEA-Modelle - beraten werden können.

5. Nach Auffassung der Minister ist aus der Krise die grundlegende Erkenntnis zu ziehen, daß die Regierungen der IEA-Mitgliedstaaten ihre erfolgreichen Bemühungen um die Verringerung der Verletzlichkeit ihrer Länder gegenüber Ölversorgungsstörungen fortsetzen müssen. Dies muß geschehen durch weitere Substitution und Effizienzverbesserungen sowie durch erneute Anstrengungen zur Erschließung heimischer und weltweiter Energiequellen in ökonomisch vertretbarer und umweltverträglicher Weise. Die Minister stellten fest, daß die Ölmärkte, unterstützt durch neue und verbesserte Handelspraktiken, effizient funktionieren, und sie verwiesen darauf, daß die Funktionsfähigkeit der Märkte durch den Abbau von Handelsschranken, eine fortgesetzte Deregulierung und Maßnahmen zur Verbesserung der Preistransparenz weiter gestärkt werden muß. Insbesondere stellten sie fest, daß die unbehinderte Weitergabe der Ölpreisänderungen an die Verbraucher während der Krise eine wichtige Rolle dabei gespielt hat, die Gesamtnachfrage zu verringern und Ungleichgewichte bei der Versorgung mit Mineralölprodukten abzuwenden. Sie betonten ganz allgemein die Bedeutung von einwandfrei funktionierenden Märkten bei der Bewältigung von Krisensituationen.

6. Die Minister verwiesen erneut auf die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung der IEA-Krisenvorsorge sowie auf die Bedeutung des Einsatzes von Vorräten, der Nachfragedrosselung und anderer einschlägiger Maßnahmen. Angesichts der Tatsache, daß der Vorratsabbau ganz konkret während der Golfkrise das Hauptelement ihres Notstandsplans war, empfahlen die Minister, daß die

IEA/PRESSE(91)7

Mitgliedstaaten, die zur Unterhaltung von Notstandsvorräten verpflichtet sind, erforderlichenfalls die staatliche Kontrolle über Krisenvorräte der Industrie verstärken und/oder die von öffentlichen Einrichtungen gehaltenen oder kontrollierten Vorräte aufstocken. Da die Art von Versorgungsstörungen naturgemäß unvorhersehbar ist, forderten die Minister alle IEA-Länder nachdrücklich auf, den eingegangenen Verpflichtungen bezüglich der Notstandsreserven uneingeschränkt nachzukommen, und hielten sie dazu an, ihre Notstandsreserven gegebenenfalls über die Reichweite von 90 Tagen hinaus aufzustocken und ihre Maßnahmen zur Drosselung der Nachfrage wirksamer zu gestalten. Unter Hinweis auf die Komplementarität von Vorratsabbau, Nachfragedrosselung und anderen Maßnahmen hoben sie hervor, daß die Regierungen ihre Maßnahmen so abwägen müssen, daß diese unter den jeweiligen nationalen Gegebenheiten möglichst effizient sind.

7. Die Minister stellten fest, daß die Raffineriegesellschaften bei der Anpassung an die Lieferausfälle bei Öl aus Kuwait und Irak eine wichtige Rolle gespielt haben, und forderten die Mitgliedsländer auf, bei ihrer Krisenplanung die Notwendigkeit flexiblerer Raffineriekapazitäten sowie eines ausgewogenen Verhältnisses von Rohöl- und Produktvorräten zu berücksichtigen. Sie verwiesen im übrigen auf die Bedeutung einer ausreichenden und nicht umweltgefährdenden internationalen Tankerflotte sowie verstärkter Anstrengungen zur Verhütung von Ölaustritten und zur Beseitigung entstandener Schäden. Ferner hoben sie hervor, daß die Krisenvorsorgesysteme der IEA, einschließlich des Zuteilungsmechanismus, weiter verbessert sowie in regelmäßigen Abständen und zeitgerecht getestet werden müssen.

8. Die Minister äußerten ihr Entsetzen über die ökologischen Folgen und die Vergeudung von Ölressourcen aufgrund der mutwilligen Zerstörung kuwaitischer Förderanlagen durch den Irak während des Golfkriegs.

III. DIE HERAUSFORDERUNG EINER SICHEREN ENERGIEVERSORGUNG IN DEN NEUNZIGER JAHREN

A. Diversifizierte Energieversorgung

9. Angesichts des ständig wachsenden Anteils der Ölimporte im OECD-Raum hielten die Minister die Mitgliedstaaten dazu an, alle in wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht geeigneten Möglichkeiten zu nutzen, um soweit wie möglich ein Absinken ihrer heimischen Ölförderung zu vermeiden und für diversifizierte Investitionen in die weltweite Ölförderung zu sorgen. Gleichzeitig wiesen die Minister im übrigen darauf hin, daß die Nachfrage nach Mineralölprodukten künftig am stärksten außerhalb des OECD-Raums wachsen wird, insbesondere in der asiatisch-pazifischen Region. Zudem werden sich die relativen Volumen und Qualitäten der Mineralölprodukte am Markt ständig

IEA/PRESSE(91)7

weiter verändern. Deshalb hoben die Minister hervor, daß entsprechende Anpassungen an die Veränderungen in Volumen und Struktur der Nachfrage nach Mineralölprodukten notwendig sind.

10. Die Minister wiesen darauf hin, daß Erdgas eine relativ saubere Energiequelle ist und die Nachfrage nach Erdgas in den meisten IEA-Ländern voraussichtlich rasch ansteigen wird; besonders groß dürfte die Zunahme für die Stromerzeugung und Systeme der Kraft-Wärme-Koppelung sein. Sie stellten fest, daß das Erdgas einen Beitrag zur Verringerung der Anfälligkeit der Versorgungssicherheit im Transportsektor leisten könnte, wo das Kraftstoffangebot am wenigsten diversifiziert ist. Die Minister begrüßten die Expansion des internationalen Erdgashandels, die auch bei LNG zu beobachten ist. Sie verwiesen auf das Vorhandensein reicher Erdgasvorkommen, mit denen die Versorgung des OECD-Raums auf absehbare Zeit gesichert werden kann, und hoben hervor, daß die Entwicklung offenerer und stärker wettbewerbsorientierter Märkte auf kommerzieller Basis die Prospektion, Erschließung und Nutzung dieser Ressourcen gewährleisten würde. Die Minister unterstrichen, daß diversifizierte, langfristig verfügbare und sichere Gasversorgungsquellen erforderlich sind.

11. Die Minister stellten fest, daß viele Mitgliedsländer selbst für den Fall erheblicher Effizienzverbesserungen bei der Stromerzeugung und -verwendung substantielle neue Stromerzeugungskapazitäten benötigen werden, um den erwarteten Nachfragezuwachs decken zu können. Sie betonten, daß die mit der Stromerzeugung verbundene Schadstoffbelastung durch die Verwendung sauberer Brennstoffe und Technologien gemindert werden kann, und verwiesen auf die Bedeutung von Maßnahmen auf der Nachfrageseite, die eine möglichst effiziente Energieverwendung durch die Verbraucher fördern. Die Minister forderten die Mitgliedstaaten auf zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um bei der Stromversorgung für Verstärkung von Handel und Wettbewerb zu sorgen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden, und sie kamen überein, etwa bestehende Hindernisse für den Handel mit Strom zu beseitigen. Wenn die Brennstoffwahl auch von den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten abhängt, sind nach einhelliger Auffassung der Minister flexible Erzeugungskapazitäten und diversifizierte Brennstoffquellen erforderlich. Die Minister stimmten ferner darin überein, daß eine spürbare Begrenzung jedweder Stromerzeugungsoption im IEA-Raum insgesamt die Nachfrage nach anderen Energiequellen vergrößern und damit potentiell auch die Diversifiziertheit und Sicherheit der Energieversorgung mindern würde.

12. Die Minister stellten fest, daß in den OECD-Ländern reichliche, billige und sichere Vorkommen von Kohle und anderen festen Brennstoffen vorhanden sind und die Kohleimporteure unter zahlreichen Lieferanten wählen können. Nach ihrer Auffassung sind beim Abbau von Handelsschranken und der Beseitigung anderweitiger Verzerrungen des Kohlehandels zwar Fortschritte erzielt worden, doch müssen flankiert von einer geeigneten Regional- und Sozialpolitik wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um einen weiteren nennenswerten Abbau zu erreichen und dadurch den Wettbewerb zu stärken. Wie die Minister hervorhoben, darf nicht zugelassen werden, daß neue Handelsschranken errichtet werden oder Verzerrungen anderer Art entstehen. Die Minister stellten fest,

IEA/PRESSE(91)7

daß neben den Handelsschranken die Sorge über Treibhausgasemissionen der zweite wichtige Faktor ist, der den Beitrag der Kohle zu einer hinreichend diversifizierten Energieversorgung begrenzen könnte. Sie setzten sich daher nachdrücklich für die verstärkte Anwendung fortgeschrittener Kohletechnologien mit hoher Umwandlungseffizienz ein, was zur Entschärfung dieses Problems beitragen würde. Nach Auffassung der Minister fällt der Industrie eine ganz wesentliche Rolle bei der Aufgabe zu, die kommerzielle Verfügbarkeit neuer Technologien im großtechnischen Maßstab zu sichern, und sie unterstrichen die Bedeutung der Forschung auf dem Gebiet der sauberen und effizienten Kohleförderung und -verwendung, um für die Energieversorgung ein maximal diversifiziertes Brennstoffangebot sicherzustellen. Um die Effizienz der Kohleverwendung in den Entwicklungsländern und den mittel- und osteuropäischen Staaten zu steigern, riefen die Minister zu internationaler Zusammenarbeit, zum Austausch von Informationen und zur großtechnischen Entwicklung und Verbreitung von Technologien auf.

13. Die Minister wiesen darauf hin, daß die **Kernenergie** in einer Anzahl von Mitgliedstaaten einen substantiellen Beitrag leistet und mithin für die globale Energieversorgung und die Energieverbrauchsstruktur der IEA-Länder von erheblicher Bedeutung ist. Sie stellten fest, daß eine Reihe von Ländern ferner der Auffassung ist, daß der Einsatz von Kernenergie, bei der keine Emissionen von Schwefeldioxid, Stickoxiden oder Treibhausgasen entstehen, wesentlich zur Bewältigung der Herausforderung der Stabilisierung von Treibhausgas-Emissionen beitragen kann. Die Minister dieser Länder vertraten die Ansicht, daß die nukleare Option deshalb beibehalten werden muß, weil sie ein wesentliches Element für die Diversifizierung der Versorgung ihrer Länder mit Primärenergie ist. Die Minister stimmten darin überein, daß unbedingt die besten verfügbaren Sicherheitsstandards angewendet und weiterentwickelt werden müssen, und sie befürworteten insbesondere die Fortsetzung und Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit bei Lösungsansätzen für die Betriebssicherheit von Kernenergieanlagen, die Entsorgung sowie die Entwicklung neuer Reaktorsysteme. Die Minister wiesen darauf hin, daß jedes IEA-Land entscheiden muß, welcher Brennstoffmix für die Stromerzeugung seiner jeweiligen Situation am besten gerecht wird, unter Berücksichtigung der Energieversorgungssicherheit, der Umweltbelange, der Sicherheitsaspekte und etwaiger Folgewirkungen ihrer Entscheidungen für andere Länder.

14. Die Minister würdigten den Beitrag der Wasserkraft zur Stromerzeugung, erkannten jedoch an, daß es für eine substantielle weitere Expansion in diesem Bereich physische Grenzen und politische Sachzwänge gibt. Die Minister äußerten die Erwartung, daß die übrigen **erneuerbaren Energiequellen**, die gegenwärtig etwa 1% der gesamten Stromerzeugungskapazität des OECD-Raums darstellen, anteilig weiter an Bedeutung gewinnen werden, räumten jedoch ein, daß diese Energieträger in den kommenden Jahren kaum in größerem Umfang an die Stelle anderer Brennstoffe treten dürften. Wegen der mit den verschiedenen Arten erneuerbarer Energieträger generell verbundenen Vorteile in bezug auf Umweltverträglichkeit und Energieversorgungssicherheit forderten die Minister

IEA/PRESSE(91)7

nachdrücklich verstärkte Anstrengungen zur großtechnischen Entwicklung, zur Demonstration und zur Einbeziehung derartiger Energieformen in die Energiesysteme.

B. Rationelle Energieverwendung

15. Die Minister stimmten darin überein, daß die rationelle Energieverwendung und Energieeinsparung in der Vergangenheit einen bedeutenden Beitrag zur Verwirklichung der Ziele bei Energieversorgungssicherheit, Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit geleistet hat, weil dadurch der gesamte Energiebedarf und die aus der Energieverwendung herrührenden Umweltbelastungen verringert worden ist. In der Erwägung, daß noch beträchtlicher Spielraum für verstärkte Effizienzverbesserungen vorhanden ist, die Erreichung dieser Verbesserungen aber auch auf zahlreiche Hindernisse stößt, verständigten sich die Minister auf die Verfolgung einer Politik, die derartige Hindernisse abbaut und Investitionen für eine rationellere Energieverwendung fördert. Sie drangen darauf, daß zu diesem Zweck verstärkt das vorhandene Datenmaterial über neue energiesparende Technologien, Ausrüstungen und Geräte ausgewertet wird, damit nicht nur der potentielle Beitrag der rationellen Energieverwendung besser verstanden und abgeschätzt werden kann, sondern auch die Kosten für die Umsetzung der entsprechenden Zielsetzungen, einschließlich der umweltbezogenen Zielvorstellungen und Zielvorgaben. Da es in den Mitgliedsländern viele Beispiele für erfolgreiche derartige Schritte gibt, die auf der Grundlage eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen und staatlicher Verantwortung unternommen worden sind, betonten die Minister, daß es wichtig ist, diese Erfahrungen international auszutauschen. Sie stimmten darin überein, daß die IEA die Mitgliedsländer weiterhin dabei unterstützen muß, kooperative Lösungen für eine rationellere Energieverwendung zu entwickeln, wozu auch die Förderung der Bemühungen gehöre, die Hindernisse für den Handel mit energiesparenden Erzeugnissen und Technologien abzubauen.

16. Besorgt verwiesen die Minister auf das ständige Anwachsen der Ölnachfrage im Verkehrssektor und forderten nachdrücklich verstärkte Energieeinsparungen in diesem Bereich. Sie verständigten sich darauf, mit ihren Fachkollegen von den Verkehrsressorts und der Industrie zusammenzuarbeiten, um das Angebot an kraftstoffsparenden Fahrzeugen zu vergrößern, Anreize für die intensivere Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu schaffen, beim Gütertransport die Verlagerung von der Straße auf die Schiene zu fördern und Hindernisse für die Verwendung alternativer Kraftstoffe zu beseitigen. Im Bereich der Elektrizität, wo die Nachfrage ebenfalls stark ansteigt, sagten die Minister ihre anhaltende Zusammenarbeit mit den Stromversorgungsunternehmen, anderen Branchen, der Fertigungsindustrie und den Verbraucherverbänden zu, um die Anwendung energiesparender Technologien für Erzeugung und Endverwendung von Strom zu beschleunigen. Sie verwiesen auf die Vorteile von Systemen der Kraft-Wärme-Koppelung und Fernwärme, die erheblich zur rationellen Energieverwendung beitragen können. Ferner erinnerten sie an das Energiesparpotential bei der

IEA/PRESSE(91)7

Raumheizung, das zu einem großen Teil durch die Einführung geeigneter Wärmedämmungsstandards realisiert werden könnte.

17. Die Minister unterstrichen die Verantwortung, die der Industrie wie dem einzelnen Verbraucher bei der Verwirklichung der Ziele im Bereich der rationellen und sparsamen Energieverwendung zufällt. Sie erkannten an, daß der Staat auf diesem Gebiet eine wichtige Führungsrolle übernehmen muß, und bekräftigten daher ihr Engagement, sich weiterhin für die Förderung von Forschung, Entwicklung und Demonstration energiesparender Technologien sowiedafür einzusetzen, durch Aufklärungskampagnen (einschließlich Produktinformation) über die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Energieverwendung auf ein energiebewußteres Verbraucherverhalten hinzuwirken.

C. Energietechnologie, Forschung und Entwicklung

18. Die Minister waren der Ansicht, daß die langfristigen Optionen, die sich im Blick auf eine energietechnologische Strategie für die kommenden Jahrzehnte bieten, einer Bewertung bedürfen. Besonderes Gewicht sollte dabei auf Technologien gelegt werden, die die Diversifizierung, rationelle Verwendung und technische Sicherheit fördern, die Aussichten für die längere und intensivere Nutzung der Reserven an konventionellen fossilen Brennstoffen verbessern sowie neue und alternative Energiequellen verfügbar machen. Die Minister betonten die Bedeutung einer nachhaltigen und ausgewogenen Finanzierung von Forschung, Entwicklung und Demonstration zum Zweck der energietechnologischen Innovation, damit die in den Bereichen Energieversorgungssicherheit, Umweltschutz und Wirtschaftswachstum gesetzten langfristigen Ziele erreicht werden.

19. Die Minister erkannten die Notwendigkeit an, die nationalen Engagements und Strategien im Grenzbereich Energie und Umwelt durch die Bereitstellung ausreichender Ressourcen für Programme im Bereich technologiebezogener Forschung, Entwicklung und Demonstration zu unterstützen. Sie stimmten darin überein, daß diese Programme die durch die Integration von Energie- und Umweltzielen bewirkten Veränderungen der Forschungs- und Entwicklungsprioritäten widerspiegeln müssen. Insbesondere stellten sie fest, daß wichtige neue Entwicklungen etwa in den Bereichen erneuerbare Energieträger, fortgeschrittene Reaktorsysteme, innovative Energiesparttechnologien sowie Rückgewinnung und Wiederverwendung von CO₂ notwendig sind, aber auch effizientere Lösungen für die Nutzung fossiler Brennstoffe, wenn die aus globalen Klimaveränderungen erwachsenden längerfristigen Herausforderungen bewältigt werden sollen. In diesem Zusammenhang vertraten die Minister die Ansicht, daß eine abgestufte und flexible Strategie für Technologieentwicklung und -transfer dazu beitragen würde, energiebezogene Treibhausgasemissionen zu mindern. In Anbetracht dessen, daß der Zugang zu Energietechnologien eine wichtige Voraussetzung für Strategien zur Bewältigung des Problems der globalen Klimaveränderung ist, forderten die Minister die IEA-Mitgliedsländer auf, Möglichkeiten für eine effizientere Gestaltung des Transfers von

IEA/PRESSE(91)7

Energietechnologien, der Informationsverbreitung und der Ausbildung zu deren wirksamer Nutzung zu untersuchen.

20. Die Minister stimmten darin überein, daß intensivere Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Markteinführung neuer und verbesserter energietechnologischer Optionen sowohl im OECD-Raum als auch in Nichtmitgliedstaaten zu beschleunigen. In dieser Hinsicht forderten die Minister die baldige Bewertung praxisorientierter Vorschläge wie etwa die Einrichtung einer Informations-Clearingstelle sowie eines Systems für den Daten- und Informationsaustausch über innovative umwelttechnologische Programme, so daß derartige Vorschläge, wenn sie Zustimmung finden, von den IEA-Mitgliedsländern in Verfolgung dieses Ziels weiterentwickelt und umgesetzt werden können.

21. Die Minister verpflichteten sich zur fortgesetzten Unterstützung der Zusammenarbeit im Bereich der multilateralen Forschung, Entwicklung und Demonstration, damit Doppelarbeit nach Möglichkeit vermieden wird und der Nutzeffekt der den Mitgliedstaaten für die Entwicklung neuer, verbesserter Energietechnologien zur Verfügung stehenden finanziellen und sonstigen Ressourcen verstärkt wird. Insbesondere befürworteten die Minister eine Erweiterung der verfügbaren Kooperationsmechanismen, wie z.B. des Prozesses der Durchführungsvereinbarungen der IEA, und sprachen sich nachdrücklich für eine baldige und uneingeschränkte Beteiligung der Energiewirtschaft an dieser Zusammenarbeit aus. Des weiteren forderten die Minister, daß im Zusammenhang mit den Durchführungsvereinbarungen ein geeigneter rechtlicher Rahmen entwickelt wird, um eine etwaige Beteiligung von Nichtmitgliedstaaten und multilateralen Organisationen an diesen Vereinbarungen zu erleichtern.

IV. ENERGIE UND UMWELT

22. Die Minister erneuerten ihr entschiedenes Engagement, auf nationaler wie auf internationaler Ebene an die Lösung der energiebezogenen Umweltprobleme heranzugehen. Sie betonten, daß gehandelt werden muß, nicht nur im Hinblick auf die konventionellen Schadstoffe und die Treibhausgasemissionen, sondern auch, um die Standortprobleme neuer Energieanlagen zu lösen. Die Minister unterstrichen, daß nach den kostenwirksamsten Lösungen gesucht werden muß, daß es aber auch wichtig ist, Konzepte für die Harmonisierung der Strategien zu entwickeln, die das gesamte Spektrum der Umwelthanliegen erfassen und dabei dem Erfordernis einer diversifizierten Energieversorgung und eines unbehinderten internationalen Energiehandels Rechnung tragen. Die Minister wiesen die IEA an, weiter zu untersuchen, welche Möglichkeiten und Konsequenzen sich ergeben könnten, wenn verstärkt Maßnahmen entwickelt und durchgeführt würden, die auf Energie- und Umweltbelange eingehen, insbesondere solche zur Förderung einer rationellen Energieverwendung.

IEA/PRESSE(91)7

23. Die Minister erörterten die Herausforderung, die sich für den Energiesektor durch das Problem globaler Klimaveränderungen ergibt und bekräftigten ihre Entschlossenheit, sich dieser Herausforderung zu stellen. Sie nahmen Kenntnis von den wichtigen Arbeiten der IEA in diesem Bereich sowie von ihrem Beitrag zum ersten Evaluierungsbericht des Zwischenstaatlichen Gremiums für Klimaveränderungen (IPCC). Sie forderten die IEA auf, in enger Zusammenarbeit mit der OECD das IPCC und den Zwischenstaatlichen Verhandlungsausschuß für ein Rahmenübereinkommen betreffend Klimaveränderungen (INC) dadurch zu unterstützen, daß diesen Gremien die Ergebnisse der analytischen Arbeiten der IEA zugänglich gemacht werden. In diesem Zusammenhang verwiesen sie auf die Bedeutung der laufenden Arbeiten der IEA über methodische Ansätze und Datensammlungen für Emissionsbilanzen sowie auf die Analysen energiepolitischer Instrumente und Technologien, die die IEA für große Bereiche des Energiesektors, wie Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, sowie für wichtige energiepolitische Optionen, wie z.B. die rationelle Energieverwendung, durchführt.

24. Die Minister hielten die IEA dazu an, eng mit den Nicht-OECD-Mitgliedsländern zusammenzuarbeiten, um ihnen dabei zu helfen, energiebezogene Umwelterwägungen in ihre Politik und Strategien im Energiebereich einzubeziehen. Aus dieser Sicht begrüßten sie die bevorstehende Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) und sprachen sich für eine aktive Beteiligung der IEA im Zusammengehen mit der OECD an den Vorbereitungen für diese Konferenz aus.

25. Die Minister begrüßten es, daß OECD-Länder Zielvorgaben für die Stabilisierung oder Minderung der Treibhausgasemissionen beschlossen haben bzw. diesbezügliche nationale Strategien vorbereiten. Sie stellten fest, daß konzertierte globale Aktionen notwendig sind und daß die OECD-Länder hierbei eine Führungsrolle übernehmen sollten. Indessen wiesen sie darauf hin, daß in den meisten Fällen geeignete und effektive Politiken zur Umsetzung dieser Engagements erst noch zu entwickeln sind und daß Daten gesammelt und Analysen erstellt werden müssen, um den Regierungen der Mitgliedstaaten fundierte Entscheidungen zu ermöglichen. Sie forderten die IEA auf, diesen Prozeß durch Bewertungen für die IEA insgesamt wie auch für einzelne Länder zu erleichtern, die das technische Potential für die Minderung der Treibhausgasemissionen ebenso umfassen wie die Kosten, den Nutzen und die relative Kostenwirksamkeit der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten für die Realisierung dieses Potentials. Nach ihrer Auffassung ist es notwendig, daß die Regierungen einschlägige Informationen sammeln und der IEA sowie den anderen Mitgliedsländern zur Verfügung stellen. Nach Ansicht der Minister sind Analysen der IEA ein wichtiges Element für die Beurteilung der Frage, wann, zu welchen Kosten und mit welchem Nutzen eine Stabilisierung oder Minderung der Treibhausgasemissionen erreicht werden könnte, wie auch für die Prüfung geeigneter Ansätze zur vergleichenden Bewertung der Situation in den einzelnen OECD-Ländern. In diesem Zusammenhang hoben die Minister hervor, daß alle Staaten an einem etwaigen Rahmenübereinkommen über globale Klimaveränderungen beteiligt sein müßten, um dessen Wirksamkeit zu gewährleisten.

IEA/PRESSE(91)7

26. Die Minister forderten die IEA auf, mit der OECD bei der Analyse der Wirkungen ökonomischer Umweltschutzinstrumente auf Handel, Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung, Ressourcenerzeugung und Angebotsvielfalt zusammenzuarbeiten. Sie ersuchten die IEA, die Folgewirkungen derartiger Maßnahmen, wie etwa einer CO₂-Steuer, in den Bereichen Wirtschaftlichkeit und Energieversorgungssicherheit zu prüfen und weltweite und umfassende Indikatoren zu entwickeln, mit denen die im Energiesektor erzielten Fortschritte bei der Minderung von Treibhausgasemissionen verfolgt werden können. Die Minister forderten die IEA ferner auf, die Mitgliedsländer bei der Entwicklung konzertierter Maßnahmen und Konzepte im Hinblick auf die Bewältigung des Problems der globalen Klimaveränderung zu unterstützen, insbesondere bei den Verhandlungen über ein Rahmenübereinkommen betreffend Klimaveränderungen (INC).

27. Die Minister betonten, welche wichtige Rolle die Industrie und das Verbraucherbewußtsein für die Umsetzung energiepolitischer Maßnahmen, die der Verwirklichung von Umweltzielen dienen, spielen. Daher verlangten die Minister konzertierte Anstrengungen von Staat, Industrie und Verbrauchern auf dem Gebiet der energiebezogenen Ausbildungs- und Informationsarbeit. Sie forderten die IEA auf, wirksamere Methoden dafür zu entwickeln, daß das einschlägige Wissen der Industrie für ihre Analysetätigkeit und ihren Beitrag im Bereich F+E, Demonstration und Transfer genutzt wird.

V. ZUSAMMENARBEIT MIT NICHTMITGLIEDSTAATEN

28. Die Minister begrüßten es, daß angesichts der immer wichtigeren Position der Nichtmitgliedstaaten auf den Weltenergiemärkten zunehmend Gewicht auf bessere Kontakte und Zusammenarbeit mit diesen Ländern gelegt wird. Sie betonten, daß die IEA diesen Ländern bei der Entwicklung vernünftiger Energiepolitiken und -strategien auf der Grundlage marktwirtschaftlicher Konzepte beratend zur Seite stehen muß. In Anbetracht der wachsenden Umweltprobleme und der Herausforderung globaler Klimaveränderungen stellten sie fest, daß diese Länder Nutzen aus den Erfahrungen ziehen können, die die IEA-Länder bei der Integration von Energie- und Umweltpolitik gewonnen haben. Ferner verwiesen die Minister auf die Anfälligkeit dieser Länder für Ölversorgungsstörungen und Preisschwankungen und forderten die IEA auf zu untersuchen, wie die Marktmechanismen dafür genutzt werden könnten, diesen Ländern bei der Bewältigung derartiger Eventualitäten zu helfen.

29. Die Minister begrüßten die in den mittel- und osteuropäischen Ländern zu beobachtende Bewegung hin zur Marktwirtschaft wie auch die Anstrengungen dieser Länder zur Umstrukturierung ihrer Energiesektoren. Sie forderten die IEA auf, ein breitangelegtes Programm durchzuführen, das sich auch auf umfassende IEA-Länderprüfungen und die Beteiligung an einschlägigen Aktivitäten der Agentur erstrecken muß, um diese Länder bei der weiteren Liberalisierung und Umgestaltung ihrer

IEA/PRESSE(91)7

Energiesysteme zu unterstützen. Die Minister empfahlen, diese Aktivitäten mit den am G-24-Prozeß beteiligten nationalen und multinationalen Organisationen zu koordinieren.

30. Die Minister stellten fest, daß die Sowjetunion nach wie vor ein großer Energieverbraucher und -lieferant ist. Wenngleich sie über gewaltige Energiereserven verfügt, treten bei ihrer Produktionskapazität - vor allem im Bereich der flüssigen Kohlenwasserstoffe - Engpässe auf, so daß die Entwicklung der sowjetischen Energieerzeugung ungewiß ist. Nach Auffassung der Minister sollte es möglich sein, daß die IEA die UdSSR in dem Maße, wie diese bei der Umsetzung grundlegender Wirtschaftsreformen vorankommt, durch Initiativen verschiedenster Art unterstützt, wie sie im Energiekapitel der von IWF/WELTBANK/OECD/EBWE verfaßten Studie über die sowjetische Wirtschaft identifiziert worden sind. Die Minister beauftragten die IEA, mit ihren Arbeiten an diese Studie anzuknüpfen und detailliertere Informationen sowie zusätzliche Grundsatzanalysen und Empfehlungen zur Energiesituation in der Sowjetunion vorzulegen. Sie forderten, hierbei ganz besonders auf die Probleme der sowjetischen Öl- und Gaswirtschaft sowie auf das Kernenergieprogramm der UdSSR einzugehen.

31. Die Minister bekundeten ihr Interesse an den erklärten Zielen der Europäischen Energiecharta, engere wirtschaftliche Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion zu entwickeln, die Umwelt zu schützen, die Versorgungssicherheit zu verbessern, einen freien, auch von Verzerrungen freien Energiehandel zu fördern und sie bei ihren Wirtschaftsreformen zu unterstützen. Im Hinblick darauf, daß eine breite Zusammenarbeit notwendig ist, um diese Ziele zu erreichen, sollten eine derartige Charta und die zugehörigen Protokolle keine Diskriminierungen enthalten dürfen und die Europäische Gemeinschaft, die IEA und andere internationale Organisationen eng zusammenarbeiten.

32. Mit dem Hinweis, daß die künftige Zunahme der Weltenergienachfrage zum großen Teil auf die Entwicklung in Nichtmitgliedstaaten der OECD zurückzuführen sein wird, hoben die Minister den besonders großen Einfluß hervor, der bei diesem erwarteten Zuwachs nach ihrer Ansicht von Asien ausgehen wird. In diesem Zusammenhang zeigten sich die Minister zuversichtlich, daß das anhaltend rasche Wachstum der dynamischen Volkswirtschaften Asiens in zunehmendem Maße zu einer rationelleren Energieverwendung und zum Einsatz von Substitutionstechnologien führen wird. Die Minister forderten die IEA auf, ihre Kontakte zu diesen dynamischen Volkswirtschaften Asiens auszubauen, da deren Bindungen zu den OECD-Ländern immer enger werden, und verwiesen auf die Notwendigkeit, engere Beziehungen zu den großen Energieerzeuger- und Verbraucherländern in Asien herzustellen, deren sich wandelnde Energieverwendungsstrukturen wahrscheinlich mehr und mehr Einfluß auf die Weltwirtschaft und die weltweiten Umweltbedingungen haben werden.

33. Mit Bezug auf Lateinamerika unterstrichen die Minister, daß so große Energieerzeuger und aufstrebende industrielle Energieverbraucherländer wie Mexiko, Venezuela, Brasilien und Argentinien

IEA/PRESSE(91)7

zunehmend am Weltenergiemarkt an Einfluß gewinnen werden. Nach Ansicht der Minister ist die Verknüpfung von Energie- und Umweltanliegen in Lateinamerika besonders bedeutsam.

34. Die Minister stellten fest, daß Energieerzeugung und -verwendung sich in Afrika vergleichsweise weniger verändert haben als in Asien und Lateinamerika. Nach ihrer Auffassung gibt es aber eindeutige Anhaltspunkte dafür, daß Afrika über das Potential verfügt, seine Energieverbrauchstruktur grundlegend zu ändern, da die Rolle des Nicht-Haushaltsbereichs im Energieeinsatz auf dem gesamten Kontinent wächst und die traditionelle Verwendung von Biomasse wegen der hiermit verbundenen Umweltbelastungen an Grenzen stößt. Die Minister verwiesen auf die voraussichtlichen Versorgungsbeiträge Nigerias und der Maghreb-Staaten zu den Energiemärkten.

35. Die Minister verwiesen auf die Bedeutung vernünftiger Beziehungen zu den Ölförderländern und stimmten darin überein, daß die Kontakte zwischen allen Ölmarktteilnehmern weiter ausgebaut werden sollten, damit Kommunikation und Verständnis gefördert werden. Nach ihrer einhelligen Meinung wären derartige verstärkte Kontakte insofern von Nutzen, als sie die Markttransparenz erhöhen und damit die Effizienz des Markts steigern würden. Die Minister bekräftigten, daß der Markt der beste Mechanismus für die Ressourcenallokation ist und somit die Entscheidung über Ölfördervolumen und Ölpreise den Marktkräften überlassen bleiben sollte. Auch waren sie sich darüber einig, daß sich in dem nach dem Golfkrieg entstandenen Klima vielleicht Gelegenheit zu konstruktiven Diskussionen bietet, und sie forderten die IEA-Mitglieder und das Sekretariat auf, weitere Überlegungen über mögliche Diskussionsthemen anzustellen. Nach Ansicht der Minister sollten diese Diskussionen möglichst informell sein und auf möglichst breiter Grundlage geführt werden.

IEA/PRESSE(91)7
 Paris, le 3 juin 1991

COMMUNIQUE
AGENCE INTERNATIONALE DE L'ENERGIE

Réunion du Conseil de Direction au niveau des Ministres

3 juin 1991

1. Le Conseil de Direction de l'Agence Internationale de l'Energie (AIE) s'est réuni au niveau des Ministres le 3 juin 1991 à Paris sous la présidence de Son Excellence M. Adolf Ogi, Conseiller fédéral, Ministre des Transports, des Communications et de l'Energie de la Suisse.

I. L'INFLUENCE DES CHANGEMENTS HISTORIQUES SUR L'EVOLUTION DE LA SITUATION ENERGETIQUE

2. Les Ministres ont passé en revue la situation énergétique actuelle dans le contexte des grands événements intervenus depuis leur dernière réunion en mai 1989 :

- la crise du Golfe et la guerre qui en a découlé ;
- l'importance toujours plus grande du rapport entre l'énergie et l'environnement ;
- l'évolution vers l'instauration d'économies de marché en Europe centrale et orientale, ainsi que les liens nouveaux avec l'Occident dans le domaine énergétique ;
- l'incertitude concernant l'évolution de la situation énergétique en Union soviétique alors qu'elle s'engage dans des réformes ; et
- la croissance ininterrompue et rapide de la consommation d'énergie dans de nombreux pays non-membres, et leur prédominance grandissante sur les marchés mondiaux de l'énergie.

IEA/PRESSE(91)7

3. Se tournant vers la fin du siècle et au-delà, et compte tenu des conséquences de ces événements historiques dans le domaine de l'énergie, les Ministres ont attaché une importance particulière à quatre aspects de la situation actuelle, à savoir :

- *Le degré de préparation en cas d'urgence* : La crise du Golfe a permis de tester les mécanismes d'intervention en cas d'urgence de l'AIE et en a prouvé l'intérêt, les pays Membres ayant démontré qu'ils avaient la volonté politique de prendre des mesures concertées. Reconnaisant l'augmentation permanente de la dépendance à l'égard des importations pétrolières dans la région de l'OCDE et la dépendance de plus en plus grande à l'égard du pétrole provenant du Moyen-Orient, les Ministres en ont conclu que les pays Membres de l'AIE doivent poursuivre leurs efforts visant à réduire encore leur vulnérabilité aux perturbations des approvisionnements pétroliers.
- *Le défi de la sécurité énergétique* : Les Ministres ont reconnu que, pour réduire la vulnérabilité, il faudra disposer en permanence d'approvisionnements énergétiques diversifiés, tant du point de vue des combustibles que des sources d'approvisionnement. La sécurité énergétique serait encore renforcée si les pays Membres exploitaient toutes les possibilités rentables et propices à la protection de l'environnement pour favoriser la production d'énergie dans le monde entier. Les Ministres ont souligné que les améliorations du rendement énergétique et les économies d'énergie, l'adoption de techniques nouvelles et la mise en place de marchés compétitifs tout comme d'échanges libéralisés constituent aussi des éléments très utiles pour relever le défi de la sécurité énergétique.
- *L'énergie et l'environnement* : Les Ministres ont réaffirmé qu'ils sont foncièrement attachés à mettre en oeuvre des politiques intégrées qui favorisent la réalisation des objectifs de la sécurité énergétique, de la protection de l'environnement et d'une croissance économique durable. Ils se sont félicités des progrès accomplis par les pays de l'OCDE à cet égard, et en particulier de l'attention accrue portée à l'environnement dans tous les secteurs de l'économie et de la société. Les Ministres ont abordé, en particulier, l'enjeu que signifie, pour le secteur de l'énergie, le problème du changement climatique mondial.
- *Les pays non-membres* : Les Ministres se sont félicités de la convergence de plus en plus grande des intérêts énergétiques des pays Membres et non-membres de l'OCDE. Etant donné que la moitié de la consommation mondiale d'énergie intervient actuellement en dehors de la zone de l'OCDE, les Ministres ont insisté sur la nécessité, pour l'AIE, de multiplier les relations avec ces pays. Il serait mutuellement profitable d'aider les pays non-membres de l'OCDE à développer et, le cas échéant, à restructurer leurs systèmes énergétiques. Les Ministres ont reconnu l'importance que revêtent des relations de qualité avec les pays producteurs de pétrole et sont convenus qu'il faudrait développer encore plus les contacts afin de favoriser la communication et la compréhension entre les parties prenantes du marché pétrolier.

II. LA CRISE DU GOLFE ET LE DEGRE DE PREPARATION EN CAS D'URGENCE

4. Les Ministres ont rappelé la coopération et la cohésion dont ont fait preuve les pays de l'AIE tout au long de la crise, ainsi que la détermination et le pragmatisme qui leur ont permis, à l'unanimité, d'adopter le dispositif coordonné d'urgence et de le mettre ensuite en application avec flexibilité en prévision d'un éventuel déficit d'approvisionnement. Ils ont accueilli avec satisfaction la participation à ce dispositif de la Finlande, de la France et de l'Islande, et ils ont fait l'éloge du Conseil Consultatif de l'Industrie pour les avis très utiles qu'il a donnés au Conseil de Direction pendant la crise. Ils ont également loué l'esprit de coopération qu'ont manifesté les pays producteurs de pétrole, qui ont accru leur production pétrolière pendant la crise pour combler le déficit des approvisionnements koweïtiens et irakiens. Les Ministres ont reconnu que l'AIE doit étudier de façon approfondie les moyens permettant de conseiller les pays non-membres sur les mesures d'intervention en cas d'urgence, en s'appuyant sur les modèles mis au point par l'Agence.

5. Les Ministres ont conclu que la crise a permis de tirer un enseignement fondamental, à savoir que les gouvernements des pays Membres de l'AIE doivent continuer à déployer les efforts visant à réduire leur vulnérabilité aux interruptions des approvisionnements pétroliers qui ont été couronnés de succès, grâce à la poursuite de la substitution de combustibles et des améliorations du rendement, et en consacrant des efforts accrus à la mise en valeur des ressources énergétiques, à l'échelon national et dans le monde entier, dans de bonnes conditions économiques et de manière acceptable du point de vue de la protection de l'environnement. Les Ministres ont noté que les marchés pétroliers ont fonctionné de manière efficace, à l'aide de pratiques nouvelles et perfectionnées dans la domaine des échanges, et qu'il faut renforcer encore ce fonctionnement par la réduction des obstacles aux échanges, la poursuite de la déréglementation et une plus grande transparence des prix. Ils ont fait observer, en particulier, le rôle important qu'a joué la répercussion sans entraves des prix du pétrole sur le marché pendant la crise, qui a permis à la fois de réduire la demande globale et de parer aux risques de déséquilibres dans les approvisionnements en produits raffinés. Ils ont mis en relief l'importance que revêt, d'une manière plus générale, le fonctionnement efficace des marchés pour la mise en oeuvre des dispositifs d'intervention en cas d'urgence.

6. Les Ministres ont réaffirmé la nécessité de renforcer en permanence le degré de préparation de l'AIE en cas d'urgence et confirmé à nouveau l'importance des prélèvements sur les stocks, de la limitation de la demande et d'autres mesures pertinentes. Etant donné que, dans le contexte particulier de la crise du Golfe, les prélèvements sur les stocks représentaient la majeure partie des approvisionnements prévus dans le Dispositif coordonné d'urgence, les Ministres ont recommandé aux pays Membres ayant des obligations en matière de stockage de renforcer, le cas échéant, les pouvoirs effectifs des gouvernements sur les stocks d'urgence de l'industrie et/ou d'accroître les stocks détenus ou contrôlés par les gouvernements. Compte tenu de la nature imprévisible des perturbations des approvisionnements, les Ministres ont invité de façon très pressante tous les pays de l'AIE à remplir pleinement leurs engagements en matière de réserves d'urgence, et encouragé les pays Membres à accroître les stocks détenus ou contrôlés par les gouvernements afin de dépasser le volume correspondant aux 90 jours requis, lorsqu'ils le jugent approprié, et à améliorer l'efficacité de leurs mesures de limitation de la demande. Ils ont souligné la complémentarité du déstockage, de la réduction de la demande et d'autres mesures pertinentes ainsi que l'importance du choix, par les gouvernements, de l'ensemble de mesures qui s'avèrent les plus efficaces dans leur situation nationale particulière.

IEA/PRESSE(91)7

7. Les Ministres ont noté le rôle appréciable joué par l'industrie du raffinage, qui s'est adaptée au déficit des approvisionnements en pétrole irakien et koweïtien, et ils ont exhorté les pays Membres à tenir compte dans l'élaboration de leurs dispositifs d'intervention en cas d'urgence de la nécessité de faire preuve d'une plus grande souplesse dans l'utilisation des raffineries, ainsi que du bon équilibre général des stocks de pétrole brut et de produits raffinés. Ils ont attiré l'attention sur l'importance que revêt l'existence d'une flotte internationale de pétroliers d'une capacité suffisante et offrant des conditions satisfaisantes de sûreté du point de vue de la protection de l'environnement, ainsi que l'accroissement des efforts de prévention et de nettoyage des déversements accidentels de pétrole en mer. Ils ont également souligné qu'il faut perfectionner en permanence les systèmes d'intervention en cas d'urgence de l'AIE, tout comme les tester périodiquement et en temps opportun, y compris les procédures de répartition.

8. Les Ministres ont fait état de l'horreur que leur inspirent les conséquences écologiques et le gaspillage de ressources pétrolières associés à la destruction gratuite des installations pétrolières koweïtiennes par l'Irak pendant la guerre du Golfe.

III. LE DEFI DE LA SECURITE ENERGETIQUE DANS LES ANNEES 90

A. La diversification des approvisionnements énergétiques

9. Compte tenu de la proportion toujours plus grande de pétrole importé dans la zone de l'OCDE, les Ministres ont encouragé les pays Membres à saisir toutes les occasions rentables et justifiées du point de vue de la protection de l'environnement afin de limiter le plus possible les reculs de leur production nationale de pétrole et de favoriser la diversification des investissements consacrés à la production dans le monde entier. Simultanément, les Ministres ont noté que, dans l'avenir, la croissance la plus forte de la demande de produits pétroliers interviendra toutefois dans les pays non-membres de l'OCDE, en particulier dans la région Asie-Pacifique. En outre, les volumes relatifs et les qualités des produits pétroliers commercialisés changeront en permanence. En conséquence, les Ministres ont souligné la nécessité d'adapter les capacités d'approvisionnement aux modifications des volumes et de la répartition de la demande de produits pétroliers.

10. Les Ministres ont noté que le gaz naturel est un combustible relativement peu polluant dont la demande devrait, selon les prévisions, s'accroître rapidement dans la plupart des pays de l'AIE, et que le secteur qui connaîtra l'expansion la plus rapide sera celui de la production d'électricité, y compris les systèmes de production combinée de chaleur et d'énergie électrique. Les Ministres ont fait observer que le gaz pourrait contribuer à réduire la vulnérabilité dans le secteur des transports, où la diversité des combustibles utilisés est la plus réduite. Les Ministres se sont félicités de l'essor des échanges internationaux de gaz naturel, notamment concernant le GNL. Ils ont fait ressortir qu'il existe de vastes ressources de gaz pour approvisionner les régions de l'OCDE dans un avenir prévisible et que l'adoption d'une démarche commerciale pour la mise en place de marchés plus ouverts et compétitifs garantirait la mise en oeuvre d'activités de prospection, de mise en valeur et de production de ces ressources. Les Ministres ont insisté sur la nécessité de veiller à la diversité, à la disponibilité à long terme et à la sécurité des sources d'approvisionnement gazier.

11. Les Ministres ont admis que la nouvelle capacité de production d'électricité nécessaire sera importante dans nombre de pays Membres pour faire face à la croissance prévue de la demande, même si le rendement de la production et de l'utilisation de l'électricité s'améliore sensiblement. Les

Ministres ont souligné que les émissions de polluants provoquées par la production d'électricité peuvent être réduites grâce à l'utilisation de combustibles non polluants et de techniques propres, et ils ont mis en relief l'importance des mesures de régulation de la demande pour encourager les consommateurs à utiliser l'énergie de la manière la plus rationnelle. Les Ministres ont invité les pays Membres à étudier les possibilités de développer les échanges et d'accroître la concurrence pour la fourniture d'électricité, sans mettre en péril la sécurité des approvisionnements ; ils sont convenus, en outre, de supprimer les obstacles existants qui s'opposent aux échanges d'électricité. Quoique le choix des combustibles soit fonction des conditions locales, les Ministres se sont accordés à penser qu'il faudra disposer d'une capacité de production souple et modulable, et faire appel à des sources d'approvisionnement diversifiées. En outre, les Ministres ont admis qu'une limitation importante, dans l'ensemble de l'AIE, d'un moyen de production d'électricité quel qu'il soit, ferait augmenter la demande des autres sources d'énergie et risquerait donc, en puissance, de réduire la diversité et la sécurité énergétiques.

12. Les Ministres ont constaté que les pays de l'OCDE ont accès à des sources sûres d'approvisionnements abondants et peu coûteux en charbon et autres combustibles solides, et que les pays importateurs de charbon ont un choix de fournisseurs très étendu. Ils ont noté que, malgré les progrès considérables accomplis en ce qui concerne la réduction des obstacles aux échanges de charbon et d'autres distorsions de ces derniers, des mesures efficaces doivent être prises pour parvenir à les atténuer encore considérablement, ce qui permettrait une meilleure concurrence, assortie des politiques sociales et régionales adaptées. Ils ont souligné qu'il ne faut pas laisser apparaître de nouveaux obstacles ou d'autres distorsions. Les Ministres ont fait observer que, avec les obstacles aux échanges, la préoccupation concernant les émissions de gaz à effet de serre constitue un autre facteur important susceptible de limiter le rôle du charbon dans la recherche d'une diversité satisfaisante des approvisionnements énergétiques. Ils ont donc insisté pour que l'on emploie davantage les techniques d'utilisation non polluantes du charbon à rendements de conversion élevés afin de contribuer à atténuer ce problème. Les Ministres estiment que le rôle de l'industrie est déterminant pour faire en sorte que les nouvelles techniques soient disponibles sur le marché, et ils ont souligné l'importance des recherches sur les méthodes rationnelles et non polluantes d'extraction et d'utilisation du charbon pour parvenir à une diversité maximale des combustibles dans les approvisionnements énergétiques. Les Ministres ont encouragé la coopération internationale, l'échange d'informations ainsi que la commercialisation et la diffusion des techniques afin d'accroître l'efficacité de l'utilisation du charbon dans les pays en développement ainsi que dans les pays d'Europe centrale et orientale.

13. Les Ministres ont reconnu que l'énergie nucléaire joue un rôle considérable dans un certain nombre de pays Membres et qu'elle contribue donc de façon importante aux approvisionnements énergétiques et au dosage des formes d'énergie utilisées dans l'ensemble des pays de l'AIE. Ils ont noté qu'un certain nombre de pays estiment également que l'utilisation de l'énergie nucléaire, étant donné qu'elle ne produit pas d'émissions de dioxyde de soufre, d'oxydes d'azote ou de gaz à effet de serre, apporte une réponse importante au défi de la stabilisation des émissions de gaz à effet de serre. Les Ministres de ces pays ont exprimé le point de vue selon lequel l'énergie nucléaire doit donc continuer à faire partie des possibilités énergétiques, car c'est un élément essentiel de la diversification de leurs approvisionnements en énergie primaire. Les Ministres sont convenus qu'il est essentiel de continuer à appliquer et d'élaborer davantage les normes de sûreté les plus strictes, et en particulier, ils ont encouragé la poursuite et l'intensification de la coopération internationale pour mettre en oeuvre des méthodes sûres d'exploitation des installations nucléaires et de gestion des déchets, ainsi que pour mettre au point de nouvelles filières de réacteurs. Les Ministres ont reconnu que chacun des pays de l'AIE devra décider de la répartition des divers combustibles utilisés pour la production d'électricité

IEA/PRESSE(91)7

qui conviendra le mieux à sa situation particulière, en tenant compte de la sécurité énergétique, de l'état de l'environnement, de la sûreté et des conséquences éventuelles de leurs décisions pour d'autres pays.

14. Les Ministres ont reconnu le rôle de l'énergie hydraulique dans la production d'électricité, tout en admettant cependant les limites matérielles et les contraintes liées à la protection de l'environnement auxquelles se heurterait une expansion importante à l'avenir. Les Ministres espèrent que les autres sources d'énergie renouvelables, qui représentent actuellement 1 pour cent environ de la capacité totale de production d'électricité dans les pays de l'OCDE, continueront à progresser, mais ils ont reconnu qu'il est peu probable qu'elles remplacent les autres combustibles dans des proportions importantes dans les années à venir. Compte tenu des avantages que présentent généralement les formes d'énergie renouvelables pour la sécurité énergétique et l'environnement, les Ministres ont préconisé vivement la multiplication des activités de démonstration et de déploiement commercial les concernant, ainsi que leur incorporation dans les systèmes énergétiques.

B. Rendement énergétique

15. Les Ministres sont convenus que l'amélioration du rendement énergétique et les économies d'énergie ont largement contribué dans le passé à la réalisation des desseins économiques, ainsi que des objectifs de la sécurité énergétique et de la protection de l'environnement en réduisant le niveau global de la demande d'énergie et les atteintes à l'environnement qui y sont associées. Reconnaisant qu'il existe toujours des possibilités considérables d'amélioration du rendement, mais que de nombreux obstacles s'opposent à leur concrétisation, les Ministres se sont engagés à mettre systématiquement en oeuvre des mesures qui réduisent ces entraves et encouragent les investissements destinés à améliorer le rendement énergétique. A cette fin, ils ont insisté vivement pour qu'une attention accrue soit accordée à l'analyse des données disponibles concernant les techniques, équipements et appareils à bon rendement, afin de mieux connaître et évaluer non seulement leur contribution potentielle à l'amélioration du rendement énergétique, mais aussi les coûts à engager pour atteindre les objectifs de l'action des pouvoirs publics, dont notamment les finalités et les buts en matière de protection de l'environnement. Ayant noté les nombreux exemples d'activités réussies dans les pays Membres qui reposent sur un dosage équilibré de principes du marché et de responsabilités gouvernementales, les Ministres ont souligné l'importance que revêt le partage de cette expérience à l'échelon international. Ils sont convenus que l'AIE devrait continuer à aider les pays Membres à mettre au point des modes d'action en coopération pour accroître le rendement énergétique, notamment en incitant à réduire les obstacles aux échanges de produits et de techniques à haut rendement énergétique.

16. Les Ministres ont noté avec préoccupation la croissance ininterrompue de la demande de produits pétroliers dans le secteur des transports et ils ont préconisé vivement l'accélération des améliorations du rendement dans ce secteur. Ils se sont engagés à coopérer avec leurs collègues aux ministères des transports et avec l'industrie, afin d'accroître la disponibilité de véhicules à haut rendement énergétique, d'encourager le recours accru aux transports en commun et le remplacement du transport routier de marchandises par le transport ferroviaire, et de supprimer les obstacles à l'utilisation de carburants de substitution. Dans le domaine de l'électricité, qui enregistre également une forte croissance de la demande, les Ministres se sont engagés à continuer à coopérer avec l'industrie de l'électricité, les autres branches d'activité, les fabricants d'équipements et les organisations de consommateurs, afin d'accélérer la cadence d'application des techniques à haut rendement énergétique concernant aussi bien la production que l'utilisation finale de l'électricité. Ils

ont attiré l'attention sur les avantages que présentent la production combinée de chaleur et d'électricité et le chauffage urbain pour rationaliser de manière appréciable l'utilisation de l'énergie. Ils ont signalé également les économies d'énergie qu'il serait possible de réaliser dans le domaine du chauffage des locaux, en grande partie grâce à l'adoption de normes appropriées d'isolation thermique.

17. Les Ministres ont mis en évidence la responsabilité de l'industrie et de chacun des consommateurs dans la réalisation des objectifs d'économies d'énergie et d'amélioration du rendement énergétique. Ils ont admis que les gouvernements ont un rôle important à jouer dans les activités visant à améliorer le rendement énergétique et à économiser l'énergie ; ils ont donc réaffirmé leur détermination à continuer à favoriser les travaux de recherche, développement et démonstration sur des techniques à haut rendement énergétique et à mieux sensibiliser les consommateurs au rapport existant entre l'environnement et la consommation d'énergie à l'aide de programmes d'information, et notamment de l'étiquetage.

C. Techniques énergétiques et activités de recherche et développement

18. Les Ministres sont convenus qu'il est nécessaire de réaliser une évaluation des choix possibles à long terme dans le cadre d'une stratégie technologique concernant l'énergie pour les décennies à venir. Une attention particulière devrait être accordée aux techniques permettant d'accroître la diversité, le rendement et la sûreté, d'élargir et améliorer les perspectives d'utilisation des réserves en combustibles fossiles de type classique et de rendre accessibles les nouvelles sources d'énergie. Les Ministres ont souligné l'importance de la stabilité et du bon équilibre général des ressources financières allouées aux activités de R&D et de démonstration propices à l'innovation dans la technologie énergétique, pour atteindre les objectifs définis concernant la sécurité énergétique, la protection de l'environnement et la croissance économique à long terme.

19. Les Ministres ont admis la nécessité de soutenir des engagements et des stratégies à l'échelon national en allouant des ressources suffisantes aux programmes de R&D et de démonstration de technologies dans les domaines de l'énergie et de la lutte contre la détérioration de l'environnement. Les Ministres sont convenus que les programmes devraient tenir compte des changements de priorités dans les activités de R&D et de démonstration découlant de la prise en compte globale des objectifs de la politique énergétique et de la protection de l'environnement. En particulier, ils ont noté que, pour trouver une solution aux graves problèmes à long terme soulevés par le changement climatique mondial, il faut accomplir des progrès décisifs dans des domaines tels que les énergies renouvelables, les filières de réacteurs avancés, les techniques novatrices d'économies d'énergie, la récupération et l'utilisation du CO₂, et trouver des moyens plus efficaces d'utiliser les combustibles fossiles. A cet égard, les Ministres ont exprimé l'avis selon lequel une stratégie souple et modulable pour la mise au point et le transfert de technologie contribuerait à réduire les émissions de gaz à effet de serre associées au secteur de l'énergie. Les Ministres, reconnaissant l'importance de l'accès aux techniques énergétiques dans une stratégie visant à résoudre le problème du changement climatique mondial, ont invité les pays Membres de l'AIE à étudier les moyens susceptibles d'accroître l'efficacité du transfert de technologies énergétiques, de la diffusion de l'information et de la formation, afin que ces techniques soient employées de manière rationnelle.

20. Les Ministres sont convenus qu'il faudrait déployer des efforts accrus pour diffuser plus rapidement sur le marché les options technologiques nouvelles et perfectionnées dans le domaine de l'énergie, aussi bien dans la région de l'OCDE que dans les pays non-membres. A cet égard, les

IEA/PRESSE(91)7

Ministres ont demandé que soit effectuée, dans les meilleurs délais, une évaluation des propositions pratiques, dont notamment la création d'un centre d'échange de données et la mise en place d'un dispositif d'échange de données et d'information entre divers programmes novateurs concernant les techniques de protection de l'environnement, afin que les pays Membres de l'AIE puissent, s'il en est décidé ainsi de commun accord, les mettre en oeuvre et en application pour faciliter la réalisation de cet objectif.

21. Les Ministres se sont engagés à appuyer sans relâche la coopération multilatérale dans le domaine de la R&D et de la démonstration, pour réduire au minimum les doubles emplois et accroître les incidences des ressources, financières et autres, dont disposent les pays Membres pour préparer des techniques nouvelles et perfectionnées dans le domaine de l'énergie. En particulier, les Ministres ont exprimé un avis favorable à l'élargissement des mécanismes de coopération, tels que la procédure des Accords de mise en oeuvre de l'AIE, et ils ont insisté pour que l'industrie énergétique participe pleinement, dès le début des travaux, à ce genre de collaboration. De plus, les Ministres ont demandé que soit créé un cadre juridique approprié afin de faciliter l'éventuelle participation des pays non-membres et des organisations multilatérales aux Accords de mise en oeuvre de l'AIE.

IV. L'ENERGIE ET L'ENVIRONNEMENT

22. Les Ministres ont réaffirmé qu'ils sont foncièrement attachés à traiter à l'échelon national et international les problèmes d'environnement liés à l'énergie. Ils ont souligné que des mesures s'imposent, non seulement pour s'attaquer aux émissions de polluants de type classique et de gaz à effet de serre, mais aussi pour surmonter les problèmes liés au choix des lieux d'implantation des nouvelles installations énergétiques. Les Ministres ont mis l'accent sur la nécessité de trouver les moyens les plus efficaces par rapport à leur coût pour agir en ce sens, et de mettre au point des politiques permettant d'harmoniser les démarches adoptées vis-à-vis de l'éventail complet des problèmes d'environnement, de manière compatible avec la diversité nécessaire des approvisionnements en énergie et la liberté des échanges internationaux de produits énergétiques. Les Ministres ont chargé l'AIE de continuer à évaluer les possibilités d'intensifier l'élaboration et la mise en application de politiques portant sur les aspects énergétiques et les préoccupations en matière d'environnement, en particulier celles favorisant l'amélioration du rendement énergétique, et d'en analyser les conséquences.

23. Les Ministres ont procédé à un échange de vues sur l'enjeu que signifie le problème du changement climatique mondial pour le secteur de l'énergie, et ils ont réaffirmé leur détermination à relever ce défi. Ils ont fait remarquer les travaux importants entrepris par l'AIE et sa contribution au premier rapport d'évaluation du Groupe d'experts intergouvernemental pour l'étude du changement climatique (IPCC). Ils ont demandé que l'AIE, travaillant en coopération étroite avec l'OCDE, continue à participer aux travaux de l'IPCC et du Comité intergouvernemental de négociation pour une Convention-cadre sur l'évolution du climat (INC) en leur fournissant les résultats de ses travaux analytiques. A cet égard, les Ministres ont fait ressortir l'importance des travaux en cours au sein de l'AIE concernant les méthodes et les bases de données pour l'inventaire des émissions ; de ses analyses des moyens d'action et des technologies applicables dans les principaux secteurs énergétiques, tels que les transports et l'électricité, et des mesures correctives de grande portée, par exemple l'amélioration du rendement énergétique.

24. Les Ministres ont encouragé l'AIE à travailler en étroite coopération avec les pays non-membres de l'OCDE pour les aider à prendre en compte dans leurs politiques et stratégies énergétiques les aspects environnementaux associés à l'énergie. Ils se sont donc félicités de la tenue prochaine de la Conférence des Nations Unies sur l'environnement et le développement (CNUED), et ils ont encouragé l'AIE à participer activement avec l'OCDE aux démarches aboutissant à la CNUED.

25. Les Ministres se sont félicités du fait que les pays de l'OCDE ont adopté, ou sont en train d'élaborer, des stratégies nationales visant à stabiliser ou à réduire les émissions de gaz à effet de serre. Ils ont reconnu qu'il faudra engager une action concertée à l'échelon mondial et que les pays de l'OCDE devraient assumer un rôle de premier plan dans cette optique. Ils ont toutefois constaté que, dans la plupart des cas, il restait encore à mettre au point des politiques appropriées et efficaces pour respecter les engagements pris, ainsi que les données et les analyses qui permettraient aux gouvernements des pays Membres de faire des choix en toute connaissance de cause. Les Ministres ont demandé à l'AIE de faciliter ce processus en réalisant des évaluations, portant sur l'ensemble de l'AIE et sur chaque pays en particulier, des possibilités techniques de réduction des émissions de gaz à effet de serre ainsi que des coûts, des avantages et de la rentabilité relative des divers moyens à mettre en oeuvre pour exploiter ces possibilités. Ils ont admis qu'il est nécessaire que les gouvernements procèdent au recueil d'informations de cette nature et les communiquent à l'AIE comme aux autres pays Membres. Les Ministres ont estimé que les analyses de l'AIE sont importantes pour déterminer les échéances possibles à prévoir pour stabiliser ou réduire les émissions de gaz à effet de serre, et quels pourraient en être les coûts et les avantages ; par ailleurs, elles sont très utiles pour examiner d'éventuelles méthodes d'analyse de la comparabilité entre les divers pays de l'OCDE. A cet égard, les Ministres ont souligné que, pour qu'une Convention-cadre sur l'évolution du climat soit efficace, tous les pays devraient y être associés.

26. Les Ministres ont demandé instamment à l'AIE d'étudier avec l'OCDE les effets produits par les instruments économiques visant à sauvegarder l'environnement, sur les échanges, sur la croissance économique et la répartition des revenus, sur la production de ressources et sur la diversité des approvisionnements. Ils ont demandé à l'AIE d'analyser les conséquences, pour la sécurité énergétique et sur le plan économique, des mesures visant à réduire les émissions de gaz à effet de serre, telles que l'application d'une taxe frappant la teneur en carbone, et de mettre au point, à l'échelon mondial et de manière exhaustive, des indicateurs des progrès accomplis dans le secteur de l'énergie en ce qui concerne la réduction des émissions de gaz à effet de serre. Les Ministres ont également demandé à l'AIE d'aider les pays Membres à élaborer des politiques et des modes d'action concertés pour répondre au problème du changement climatique mondial, en particulier dans le cadre des négociations INC pour établir une Convention-cadre sur l'évolution du climat.

27. Les Ministres ont mis en relief les rôles importants que jouent l'industrie et l'information des consommateurs dans la réussite des politiques énergétiques mises en oeuvre pour atteindre les objectifs de protection de l'environnement. Les Ministres ont donc vivement préconisé que les pouvoirs publics, l'industrie et les consommateurs déploient des efforts concertés en matière d'éducation et d'information dans le domaine énergétique. Ils ont demandé instamment à l'AIE de trouver des moyens plus efficaces d'amener l'industrie à contribuer par ses connaissances techniques aux travaux analytiques et aux activités de R&D en coopération, ainsi qu'à la démonstration et au transfert de technologies.

IEA/PRESSE(91)7

V. LA COOPERATION AVEC LES PAYS NON-MEMBRES

28. Les Ministres se sont félicités de l'intérêt accru porté à l'amélioration des contacts et de la coopération avec les pays non-membres, compte tenu de leur importance grandissante sur les marchés mondiaux de l'énergie. Les Ministres ont souligné qu'il est nécessaire que l'AIE donne des conseils à ces pays sur l'élaboration de politiques et de stratégies énergétiques judicieuses, dans une optique obéissant aux lois du marché. Face aux difficultés de plus en plus grandes que soulève la protection de l'environnement et au défi lancé par le changement climatique mondial, ils ont noté que ces pays pourraient bénéficier de l'expérience acquise par les pays Membres de l'AIE avec le processus de prise en compte globale des politiques énergétiques et de celles de sauvegarde de l'environnement. Les Ministres ont également constaté la vulnérabilité de ces pays aux perturbations des approvisionnements pétroliers comme aux variations des prix, et ils ont donc demandé instamment à l'AIE d'entreprendre des travaux afin de déterminer comment les mécanismes du marché pourraient être utilisés pour les aider à parer à ces éventualités.

29. Les Ministres ont salué l'évolution vers l'instauration d'économies de marché et les efforts de restructuration des secteurs énergétiques dans les pays d'Europe centrale et orientale. Ils ont demandé à l'AIE de mettre en oeuvre un programme général pour aider ces pays à poursuivre la libéralisation et la réforme des régimes qui régissent leurs secteurs énergétiques, notamment à l'aide d'études approfondies concernant chaque pays et en les faisant participer à des activités de l'Agence susceptibles de les intéresser. Les Ministres ont également recommandé que ces activités soient coordonnées avec les organisations nationales et multinationales associées aux travaux du Groupe des 24.

30. Les Ministres ont reconnu que l'Union soviétique est toujours un important consommateur et fournisseur d'énergie. Quoique possédant de vastes ressources énergétiques, sa capacité de production — en particulier pour ce qui concerne les hydrocarbures liquides — est en difficulté, et la production future est incertaine. Les Ministres ont exposé leur point de vue selon lequel il serait possible de mettre en oeuvre, au fur et à mesure des progrès qu'accomplit l'URSS dans l'application des réformes économiques fondamentales, un plus large éventail d'actions de l'AIE pour aider l'Union soviétique, en s'inspirant des principes définis au chapitre sur l'énergie de l'étude de l'économie soviétique effectuée par le FMI, la BIRD, l'OCDE et la BERD. Les Ministres ont chargé l'AIE de donner suite à cette étude afin de fournir des informations, une analyse des politiques et des recommandations plus détaillées concernant la situation énergétique de l'Union soviétique. Ils ont insisté pour qu'une attention particulière soit accordée aux problèmes que connaissent les secteurs pétrolier et gazier de l'Union soviétique, ainsi que son programme nucléaire.

31. Les Ministres ont noté avec intérêt les objectifs déclarés du projet de Charte européenne de l'énergie, à savoir resserrer les liens économiques avec l'Europe centrale et orientale ainsi qu'avec l'Union soviétique, protéger l'environnement, améliorer la sécurité des approvisionnements, favoriser la liberté sans distorsions des échanges énergétiques et apporter une assistance au processus de réforme de leurs économies. Compte tenu de la nécessité d'engager une initiative en coopération reposant sur des bases très larges pour atteindre ces objectifs, il ne devrait pas y avoir de discrimination dans l'élaboration d'une Charte et de ses protocoles, et la Communauté européenne, l'AIE ainsi que les autres organisations internationales devraient coopérer étroitement.

32. Faisant observer que les pays non-membres de l'OCDE devraient représenter une part importante de la croissance future de la demande mondiale d'énergie, les Ministres ont souligné

l'influence particulièrement importante qu'ils prévoient que l'Asie exercera sur cette croissance prévue. De ce point de vue, les Ministres se sont montrés convaincus que la persistance d'une forte croissance économique dans les économies dynamiques d'Asie aboutira à un recours accru aux techniques permettant l'amélioration du rendement énergétique et la substitution de combustibles. Les Ministres ont demandé à l'AIE de multiplier ses contacts avec les économies dynamiques d'Asie au fur et à mesure de leur rapprochement avec l'ensemble de l'OCDE, ainsi qu'avec les grands pays producteurs et consommateurs d'énergie d'Asie, dont la structure en évolution de la consommation d'énergie exercera probablement une influence croissante sur l'économie et l'environnement mondiaux.

33. Quant à l'Amérique latine, les Ministres ont insisté sur le fait que des pays tels que le Mexique, le Venezuela, le Brésil et l'Argentine, qui sont des producteurs importants et commencent à devenir des consommateurs industriels, devraient avoir une influence grandissante sur les marchés mondiaux de l'énergie. Les Ministres ont estimé que l'interdépendance des problèmes d'énergie et d'environnement en Amérique latine est particulièrement importante.

34. Les Ministres ont noté que les changements intervenant dans la production et la consommation d'énergie en Afrique sont relativement plus modérés qu'en Asie et en Amérique latine. Cependant, ils ont constaté des signes évidents de la possibilité de modifier fondamentalement la consommation d'énergie en Afrique, étant donné que les formes d'énergie commerciales ont joué un rôle accru dans tout le continent et qu'un phénomène d'interaction est apparu entre les contraintes imposées par la protection de l'environnement et l'utilisation traditionnelle de la biomasse. Les Ministres ont signalé les conséquences probables, sur le plan de l'offre, des contributions du Nigéria et des pays du Maghreb aux marchés de l'énergie.

35. Les Ministres ont admis l'importance que revêtent des relations de qualité avec les pays producteurs de pétrole et sont convenus qu'il faudrait développer encore plus les contacts entre toutes les parties prenantes du marché pétrolier afin de favoriser la communication et la compréhension mutuelle. Ils ont reconnu que cette intensification des contacts serait bénéfique car elle permettrait d'accroître la transparence du marché et d'augmenter ainsi son efficacité. Les Ministres ont réaffirmé que la meilleure affectation des ressources est assurée par les mécanismes du marché, auxquels il faudrait donc laisser le soin de déterminer les volumes et les prix de la production pétrolière. Ils ont également admis que, dans le climat consécutif à la guerre du Golfe, il pourrait exister la possibilité d'entamer des pourparlers constructifs et ils ont demandé aux pays Membres de l'AIE ainsi qu'au Secrétariat d'examiner plus avant les thèmes de discussion éventuels. Les Ministres ont exprimé le point de vue selon lequel des discussions de ce genre devraient avoir un caractère non officiel et être aussi largement ouvertes que possible.

IEA/PRESS(91)7
Paris, 3rd June 1991**COMMUNIQUE****INTERNATIONAL ENERGY AGENCY****Meeting of Governing Board at Ministerial Level**

3rd June 1991

1. The Governing Board of the International Energy Agency (IEA) met at Ministerial level on 3rd June 1991 in Paris under the Chairmanship of His Excellency, Mr. Adolf Ogi, Federal Councillor, Minister of Transport, Communications and Energy of Switzerland.

I. HISTORIC CHANGES SHAPE ENERGY DEVELOPMENTS

2. Ministers reviewed the current energy situation against the backdrop of major developments occurring since they last met in May 1989:

- The Gulf crisis and ensuing war;
- The ever-increasing importance of the relationship between energy and the environment;
- The movement towards market economies in Central and Eastern Europe and new energy linkages with the West;
- The uncertainty surrounding energy developments in the Soviet Union as it embarks on reform; and
- The continued rapid growth in energy consumption in many non-Member countries, and their increasing prominence in world energy markets.

IEA/PRESS(91)7

3. Looking to the end of the century and beyond, and considering the energy implications of these developments, Ministers attached particular importance to four aspects of the current situation:

- *Emergency Preparedness:* The Gulf crisis has tested and proved the value of the IEA's emergency response mechanisms, as Member countries demonstrated the political will to take concerted action. Recognising the continuing rise in oil import dependence in the OECD region and the increasing dependence on oil from the Middle East, Ministers concluded that IEA Members must pursue their efforts to reduce further their vulnerability to oil supply disruptions.
- *Energy Security Challenge:* Ministers recognised that reduced vulnerability will require maintenance of diversified energy supplies, both in terms of fuels and sources. Energy security would be further enhanced by Member countries exploiting all economic and environmentally appropriate opportunities to promote energy production worldwide. Ministers stressed that improvements in energy efficiency and conservation, the introduction of new technologies, and the development of competitive markets and liberalised trade are also important elements in meeting the energy security challenge.
- *Energy and the Environment:* Ministers reaffirmed their strong commitment to develop integrated policies which further the objectives of energy security, environmental protection and sustainable economic growth. They welcomed the progress that OECD countries have made in this regard, particularly the heightened attention to the environment expressed in all sectors of the economy and society. Ministers especially addressed the challenge that the issue of global climate change poses for the energy sector.
- *Non-Member Countries:* Ministers welcomed the growing convergence of the energy interests of OECD and non-OECD countries. With half of the world's energy consumption now occurring outside the OECD area, Ministers stressed the need for the IEA to develop expanded relations with these countries. Assisting non-OECD countries in the development, and where necessary, the restructuring of their energy systems would be mutually beneficial. Ministers recognised the importance of sound relations with oil producing countries and agreed that contact should be further developed to promote communication and understanding among oil market participants.

II. THE GULF CRISIS AND EMERGENCY PREPAREDNESS

4. Ministers recalled the co-operation and cohesion of IEA countries throughout the crisis, as well as the resolution and pragmatism which had enabled Member countries unanimously to adopt and subsequently implement their contingency plan in a flexible manner in anticipation of a possible shortfall. They welcomed the participation of Finland, France and Iceland in the plan and they commended the Industry Advisory Board for its valuable advice to the Governing Board during the crisis. They also commended the co-operative spirit shown by oil producing countries which had increased their oil production during the crisis to compensate for lost Iraqi and Kuwaiti supplies. Ministers recognised the need for the IEA to explore means to advise non-Member countries on emergency preparedness, drawing on IEA models.

5. Ministers concluded that a fundamental lesson to be drawn from the crisis is that IEA Member governments must continue their successful efforts to reduce their vulnerability to oil supply disruptions, through continued substitution and efficiency improvements, and renewed efforts to develop indigenous and worldwide energy resources in an economic and environmentally acceptable fashion. Ministers noted the efficient working of oil markets, aided by new and improved trading practices, and the need to strengthen further their operation by reducing trade barriers, continuing deregulation, and enhancing price transparency. They noted, in particular, that unimpeded pass through of oil price changes during the crisis had played an important role, both in reducing overall demand and in averting imbalances in the supply of products. They underlined the importance, more generally, of efficiently operating markets in emergency response.

6. Ministers confirmed the need for continued strengthening of IEA emergency preparedness and the importance of stockdraw, demand restraint, and other relevant measures. Cognisant that in the particular context of the Gulf crisis stockdraw accounted for the major portion of its contingency plan, Ministers recommended that Member countries with stock obligations strengthen, where necessary, government control over emergency industry stocks and/or increase government-owned or controlled stocks. Given the unpredictable nature of supply disruptions, Ministers urged all IEA countries to meet fully their emergency reserve commitments, and encouraged Member countries to increase their emergency reserves above the 90-day level, as appropriate, and to improve the efficacy of their demand restraint measures. They stressed the complementary nature of stockdraw, demand restraint and other measures, as well as the importance of Governments choosing the balance of measures most efficient in particular national circumstances.

7. Ministers noted the valuable role played by the refining industry in adjusting to the loss of Iraqi and Kuwaiti oil, and urged Member countries to take account of the need for enhanced refinery

IEA/PRESS(91)7

flexibility, as well as the balance of crude oil and product stocks, in their emergency planning. They drew attention to the importance of an adequate and environmentally safe international tanker fleet, as well as improved oil spill prevention and clean-up efforts. They stressed also the need for continued improving as well as periodic and timely testing of IEA emergency preparedness systems, including the Allocation Systems Test.

8. Ministers expressed abhorrence at the continuing ecological effects and the waste of petroleum resources associated with the wanton destruction by Iraq of Kuwaiti oil facilities during the Gulf war.

III. THE ENERGY SECURITY CHALLENGE OF THE 1990s

A. Diversified Energy Supply

9. In view of the ever greater proportion of imported oil in the OECD area, Ministers encouraged Member countries to exploit all economic and environmentally appropriate opportunities to minimise declines in their own indigenous oil production and to promote diversified investments in worldwide production. Simultaneously, Ministers noted that the future growth in demand for petroleum products nevertheless will be greatest outside the OECD, particularly in the Asia-Pacific region. Additionally, there will be continuing change in both the relative volumes and qualities of petroleum products marketed. Ministers, therefore, underscored the need to adjust supply capabilities to changes in the volume and structure of petroleum product demand.

10. Ministers noted that natural gas is a relatively clean fuel and that demand for it is expected to grow rapidly in most IEA countries, with demand in power generation, including combined heat and power systems, being the fastest expanding area. Ministers noted that gas could make a contribution to reducing vulnerability in the transport sector where fuel diversity is weakest. Ministers welcomed the growth in international trade in natural gas, including LNG. They pointed out that ample gas resources exist to supply OECD regions for the foreseeable future and that a commercial approach to the development of more open and competitive markets would ensure the exploration, development and production of these resources. Ministers stressed the need for diversity, long-term availability and security of sources of gas supplies.

11. Ministers recognised that substantial new electricity generating capacity will be required in many Member countries to meet expected demand growth, even with significant improvements in the efficiency of its production and use. Ministers stressed that pollutants from electricity generation can be reduced through the use of clean fuels and clean technologies, and they underlined the importance

IEA/PRESS(91)7

of demand-side measures to encourage the most efficient use of energy by consumers. Ministers invited Member countries to explore possibilities for increased trade and competition in the provision of electricity, without endangering security of supply, and agreed to remove impediments to electricity trade where present. While fuel choice will be based on local circumstances, Ministers agreed that flexible generating capacity and diversified fuel sources will be required. Ministers further agreed that a significant limitation of any generating option for the IEA as a whole would increase demand for other energy sources, and thus potentially reduce energy diversity and security.

12. Ministers observed that ample, low cost, secure sources of coal and other solid fuels are available to OECD countries, and that coal importers have a wide choice of suppliers. They noted that, although progress has been made in reducing barriers and other distortions to coal trade, effective measures must be taken to achieve further significant reductions leading to improved competition, accompanied by appropriate regional and social policies. They stressed that no new barriers or other distortions must be allowed to arise. Ministers noted that, along with barriers to trade, the other major factor that could limit the role of coal in achieving adequate energy diversity is the concern about greenhouse gas emissions. They therefore urged greater use of clean coal technologies with high conversion efficiencies to help mitigate this problem. Ministers saw the role of industry as essential in ensuring the commercial availability of new technologies, and underscored the importance of research in the clean and efficient extraction and use of coal to ensure maximum fuel diversity in energy supply. Ministers encouraged international co-operation, information exchange, and technology commercialisation and dissemination aimed at raising the efficiency of coal use in developing and Central and Eastern European countries.

13. Ministers recognised the substantial contribution that nuclear energy makes in a number of Member countries and, consequently, to the overall energy supply and mix of IEA countries. They noted that a number of countries are also of the view that the use of nuclear energy because it emits no sulphur dioxide, nitrogen oxides or greenhouse gases, provides an important response to the challenge of stabilizing of greenhouse gas emissions. Ministers of those countries expressed the view that the nuclear option must therefore be maintained as an essential element of the diversification of their primary energy supply. Ministers agreed that it was essential to maintain and further develop the highest available standards of safety, and in particular encouraged continued and strengthened international co-operation in approaches to the safe operation of nuclear facilities, to waste management and to the development of new reactor systems. Ministers recognised that each IEA country will have to decide on the mix of fuels used for electricity generation best suited to its particular circumstances, taking account of energy security, environment, safety and the possible effects of their decisions on other countries.

IEA/PRESS(91)7

14. Ministers acknowledged hydropower's contribution to electricity production, but recognised the physical limitations and environmental constraints on substantial further expansion. Ministers expected other renewable energy sources, currently about one per cent of total OECD electricity capacity, to continue increasing their share, but acknowledged that they are unlikely to replace other fuels in a major way over the coming years. In view of the environmental and energy security advantages generally offered by renewable forms of energy, Ministers urged their increased commercial development, demonstration, and integration into energy systems.

B. Energy Efficiency

15. Ministers agreed that energy efficiency and conservation have made a major contribution in the past to the achievement of energy security, environmental and economic goals by reducing the overall level of energy demand and the related burden on the environment. Recognising that there is considerable scope for further efficiency gains, but that numerous barriers exist to realising these gains, Ministers undertook to pursue policies which reduce barriers and stimulate investment in energy efficiency. To this end, they urged greater attention to analyzing available data on new efficient technologies, equipment and appliances in order to better understand and assess not only the potential contribution of energy efficiency, but also its costs in achieving policy goals, including environmental objectives and targets. Noting the many examples of successful activities in Member countries relying on a balance of market principles and government responsibilities, Ministers stressed the importance of sharing this experience internationally. They agreed the IEA should continue to assist Member countries in developing co-operative approaches to enhance energy efficiency, including encouraging the reduction of barriers to trade in energy efficient products and technologies.

16. Ministers noted with concern the continued growth in oil demand in the transport sector and they urged the acceleration of efficiency gains in this sector. They undertook to work with their Transport colleagues and industry to increase the availability of fuel efficient vehicles, stimulate the greater use of mass transit, encourage the switch from road to rail for goods transport, and remove barriers to the use of alternative transport fuels. In the area of electricity, which is also experiencing strong demand growth, Ministers undertook to continue to co-operate with the utility industry, other industries, manufacturers, and consumer organisations to accelerate the rate of application of energy efficient technologies in both the production and end-use of electricity. They drew attention to the benefits of combined heat and power and district heating for significantly improving the efficient use of energy. They also pointed to the energy conservation potential in space heating, which could be in large part realised through the introduction of suitable thermal insulation standards.

IEA/PRESS(91)7

17. Ministers stressed the responsibility of industry and individual consumers in achieving energy efficiency and conservation objectives. They acknowledged that governments have an important leadership role in energy efficiency and conservation, and therefore reaffirmed their commitment to continue to foster research, development and demonstration of energy efficient technologies, and to create greater awareness among consumers through information programmes, including labelling, of the relationship between environment and energy use.

C. Energy Technology and Research and Development

18. Ministers recognised the need for an assessment of the long-term options in an energy technology strategy for future decades. Special emphasis should be placed on those technologies which enhance diversity, efficiency and safety, extend and improve prospects for utilising reserves of conventional fossil fuels, and make available new and alternative energy sources. Ministers underlined the importance of sustained and balanced R&D and demonstration funding for energy technology innovation if the goals set for energy security, environmental protection and economic growth in the long-term are to be achieved.

19. Ministers acknowledged the need to support national commitments and strategies through the allocation of adequate resources for technology R&D and demonstration programmes in the energy and environmental mitigation areas. Ministers agreed that programmes should reflect the changing R&D and demonstration priorities resulting from the integration of energy and environmental goals. In particular, they noted that major new developments in areas such as renewable energy, nuclear power systems, innovative conservation technologies, and CO₂ capture and utilisation are necessary, as well as more efficient ways of utilising fossil fuels, if the longer term challenges of global climate change are to be met. In this regard, Ministers expressed the view that a phased and flexible strategy for technology development and transfer would help to reduce energy-related greenhouse gas emissions. Ministers, in recognising the importance of access to energy technology in a response strategy to the global climate change issue, invited IEA Member countries to explore means for more effective energy technology transfer, information dissemination, and training for effective utilisation.

20. Ministers agreed that increased effort should be undertaken to speed the development and diffusion into the market of new and improved energy technology options, both within the OECD region and in the non-Member country area. In this regard, Ministers requested an early evaluation of practical proposals, such as an information clearinghouse mechanism and a data and information exchange system amongst innovative environmental technology programmes, so that they might, if agreed, be developed and implemented by IEA Member countries to facilitate this goal.

IEA/PRESS(91)7

21. Ministers pledged continued support to multilateral R&D and demonstration collaboration in order to minimise duplication of efforts and to enhance the impact of financial and other resources available to Member countries for preparing new and improved energy technology. In particular, Ministers endorsed a broadening of collaborative mechanisms, such as the IEA's Implementing Agreement process, and urged the early and full participation of the energy industry in such collaboration. Furthermore, Ministers requested that an appropriate legal framework be developed to facilitate the possible participation of non-Member countries and multilateral organisations in IEA Implementing Agreements.

IV. ENERGY AND ENVIRONMENT

22. Ministers reaffirmed their strong commitment to address energy-related environmental problems nationally and internationally. They emphasized that action is needed, not only to address conventional pollutants and greenhouse gas emissions, but also the problems related to siting of new energy facilities. Ministers underscored the need to find the most cost-effective means for doing so, and to develop policies which harmonize approaches relating to the full range of environmental concerns, in a manner consistent with the need for diversified energy supplies and unfettered international trade in energy. Ministers instructed the IEA to continue to assess the possibilities and implications of intensified development and implementation of policies bearing upon energy and environment concerns, particularly policies to promote energy efficiency.

23. Ministers discussed the challenge that the global climate change issue poses for the energy sector, and reaffirmed their commitment to meet this challenge. They noted the significant work undertaken by the IEA and its contribution to the first assessment report of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). They requested the IEA, working closely with the OECD, to continue to assist the IPCC and the Intergovernmental Negotiating Committee on a Framework Convention on Climate Change (INC) by providing the results of its analytical work. In this regard, they highlighted the importance of the IEA's ongoing work on emissions inventory methodologies and databases, and its analyses of policy instruments and technologies relating to major energy sectors, such as transport and electricity, and of important responses, such as energy efficiency.

24. Ministers encouraged the IEA to work closely with non-OECD countries to help them integrate energy-related environmental considerations into their energy policies and strategies. They therefore welcomed the up-coming United Nations Conference on Environment and Development (UNCED), and encouraged the active participation of the IEA with the OECD in the lead-up to the UNCED.

IEA/PRESS(91)7

25. Ministers welcomed the fact that OECD countries have adopted targets or are developing national strategies for the stabilization or reduction of greenhouse gas emissions. Ministers acknowledged that concerted global action will be required and that OECD countries should take a leading role in this context. They found, however, that in most cases appropriate and effective policies to carry out the commitments still needed to be developed, as well as the data and analysis to enable Member governments to make informed choices. They requested the IEA to facilitate this process by both IEA-wide and individual country assessments of the technical potential for reducing greenhouse gas emissions, as well as the costs, benefits and relative cost-effectiveness of the various means for realising such potential. They recognised the need for governments to gather such information and provide it to the IEA and other Member countries. Ministers considered IEA analyses important to understanding when, and at what costs and benefits, stabilization or reduction of greenhouse-gas emissions could be achieved, and to examining possible approaches to assess comparability among OECD countries. In this regard, Ministers stressed that all nations would need to associate with any Framework Convention on Climate Change if it were to be effective.

26. Ministers urged the IEA to work with OECD in its analysis of the effects of economic instruments for environmental protection on trade, economic growth and income distribution, resource production, and diversity of supply. They requested the IEA to assess the economic and energy security implications of measures, such as a carbon tax, to abate greenhouse gas emissions, and to develop, on a global level and in a comprehensive manner, indicators of progress for the energy sector in mitigating greenhouse gas emissions. Ministers also requested the IEA to assist Member countries in developing concerted policies and approaches in responding to the global climate change problem, particularly in the context of the INC Framework Convention negotiations.

27. Ministers emphasized the important roles of industry and consumer awareness in the successful implementation of energy policies to achieve environmental goals. Ministers therefore urged concerted efforts in energy education and information on the part of government, industry, and consumers. They urged the IEA to find more effective ways to bring industry's expertise into its analytical work and its collaboration on R&D and demonstration and transfer.

V. CO-OPERATION WITH NON-MEMBER COUNTRIES

28. Ministers welcomed the increased emphasis on improving contacts and co-operation with non-Member countries in view of their growing importance in world energy markets. Ministers underscored the need for the IEA to provide advice to these countries on the development of sound energy policies and strategies, based on a market-oriented approach. In the face of growing

IEA/PRESS(91)7

environmental difficulties and the challenge of global climate change, they noted that these countries could benefit from the experience of IEA countries in integrating energy and environmental policies. Ministers also recognised the vulnerability of these countries to oil supply disruptions and price variations, and therefore urged the IEA to undertake work on how market mechanisms might be used to help them cope with such contingencies.

29. Ministers welcomed movement towards market economies and efforts to restructure energy sectors in Central and Eastern European countries. They requested that the IEA pursue a broad programme, including comprehensive IEA country surveys and participation in appropriate Agency activities, for assisting these countries to continue the liberalisation and reform of their energy regimes. Ministers recommended that these activities be co-ordinated with those national and multinational organisations associated in the G-24 process.

30. Ministers recognised that the Soviet Union continues to be an important energy consumer and supplier. Although possessing vast energy resources, its productive capacity, especially with respect to liquid hydrocarbons, was under strain and future output was uncertain. Ministers expressed the view that as the USSR makes progress in implementing fundamental economic reforms, a wider range of IEA actions to assist the Soviet Union, along the lines identified in the energy chapter of the IMF/IBRD/OECD/EBRD study of the Soviet economy, would be feasible. Ministers instructed the IEA to follow-up on the study to provide more detailed information, policy analysis and recommendations on the energy situation in the Soviet Union. They urged that special attention be given to problems facing the Soviet oil and gas sectors, and its nuclear programme.

31. Ministers noted with interest the expressed objectives of the draft European Energy Charter, namely to develop closer economic links with Central and Eastern Europe and the Soviet Union, to protect the environment, to enhance security of supply, to promote free and undistorted energy trade, and to assist the process of their economic reform. Recognising the need for a widely-based co-operative effort to achieve these objectives, the development of any Charter and protocols thereto should be non-discriminatory, and the European Community, the IEA and other international organisations should co-operate closely.

32. In noting that non-OECD countries would account for a major portion of future growth in global energy demand, Ministers underlined the particularly important influence they foresee Asia as having upon this expected growth. In this context, Ministers expressed confidence that continued high levels of economic growth of the Dynamic Asian Economies will result in expanded reliance on energy efficiency and fuel substitution technologies. Ministers requested the IEA to expand its contacts with these Dynamic Asian Economies as they move closer to the OECD world, as well as

IEA/PRESS(91)7

with the large Asian energy producing and consuming countries where evolving patterns of energy use are likely to have an increasing influence upon the global economy and environment.

33. With respect to Latin America, Ministers stressed that such major producers and emerging industrial consumers as Mexico, Venezuela, Brazil, and Argentina would be increasingly influential in world energy markets. Ministers viewed the interplay of energy and environmental concerns in Latin America as particularly significant.

34. Ministers noted that changes in energy production and use in Africa were relatively more moderate than those in Asia and Latin America. However, they saw clear evidence of African potential to alter energy use fundamentally as commercial energy inputs played a greater role throughout the continent, and as environmental constraints interacted with traditional biomass utilisation. Ministers noted the likely supply-side implications of contributions by Nigeria and the Maghreb states to energy markets.

35. Ministers recognised the importance of sound relations with oil producing countries, and agreed that contacts among all oil market participants should be further developed to promote communication and understanding. They agreed that such expanded contacts would be beneficial since they could promote increased market transparency, thereby enhancing its efficiency. Ministers reiterated that the market is the best allocator of resources and, therefore, oil production volumes and price determination should be left to market forces. They also agreed that in the post-Gulf war atmosphere there could be an opportunity for constructive discussions and asked IEA Members and the Secretariat to reflect further on possible topics for discussion. Ministers expressed the view that such discussions should be informal and as broadly based as possible.

PRESSEMITTEILUNGMinistertagung der Internationalen Energie-Agentur (IEA)

Am 2./3. Juni 1991 tagte in Paris die Ministerkonferenz der Internationalen Energie-Agentur (IEA) unter der Leitung des Vorstehers des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements, Bundesrat Adolf Ogi. Die Konferenz wurde zum ersten Mal durch die Schweiz präsiert. Die Minister einigten sich auf eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich zu verschiedenen aktuellen energiepolitischen Themen äussern. Dazu gehören insbesondere die Weltenergiesituation nach Beendigung des Golfkrieges und angesichts der Veränderungen in Mittel- und Osteuropa sowie in der UdSSR; die Vorsorge der IEA-Länder für künftige Versorgungskrisen; die Energieversorgung in den Neunzigerjahren (Diversifikation der Energieversorgung, rationelle Energieverwendung, Forschung und Entwicklung); die Beziehungen zwischen Energie und Umwelt sowie die zukünftige Zusammenarbeit der IEA mit den Nicht-Mitgliedländern (v.a. mit mittel- und osteuropäischen Ländern, der UdSSR und den Ölproduzentenstaaten). Am Sonntagabend traf der EVED-Vorsteher mit dem japanischen Handels- und Industrieminister Eiichi Nakao zusammen. Im Mittelpunkt des Gespräches standen das japanische Atomenergieprogramm und Entsorgungsfragen. Der europäische Energiekommissar Antonio Cardoso e Cunha unterstrich gegenüber Bundesrat Ogi in einem weiteren Treffen die Bedeutung der IEA aus Sicht der EG.

Die schweizerische Delegation wurde vom Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, Staatssekretär Franz Blankart geleitet. Die Schweiz unterstützte die Forderung der IEA, wonach - auch aufgrund der Erfahrungen der letzten Golfkrise - die Anstrengungen zur Erhaltung der Bereitschaft für Ölversorgungskrisen bezüglich Lagerhaltung und Nachfragedrosselungsmassnahmen nicht vermindert werden dürfen. Die Schweiz unterstützte auch die Öffnung der Agentur nach aussen sowie eine für alle OECD-Länder offene europäische Energiecharta. Auch der sorgfältigen und abgewogenen Ausweitung der Kontakte mit ölproduzierenden- und -exportierenden Ländern konnte unsere Delegation zustimmen.

Im Bereich der sparsamen und rationellen Energieverwendung, der Diversifikation der Versorgung und der Zusammenhänge zwischen Energie und Umwelt (Luftverschmutzung, Klima) stützte sich die Haltung der Schweizer Delegation vor allem auf das vom Bundesrat verabschiedete Aktionsprogramm "Energie 2000". Die Schweiz unterstützt eine aktivere Rolle der Agentur in diesen Bereichen. Insbesondere sollte die IEA energiepolitische Empfehlungen für harmonisierte und koordinierte Massnahmen erarbeiten, vor allem bezüglich Energieverbrauchsstandards für Geräte, Apparate und Fahrzeuge sowie betreffend Energielenkungsabgaben (CO₂-Abgabe). Damit sollen Wettbewerbsverzerrungen und neue Handelshemmnisse vermieden und eine Basis für ein koordiniertes und wirkungsvolles Vorgehen der Industrieländer gelegt werden. Auch die verstärkte Förderung des öffentlichen Verkehrs wurde von der Schweizer Delegation verlangt. Die grossen Anstrengungen der Schweiz (Bahn und Post 2000, Projekt Alpen transit, Verlagerung Gütertransitverkehr auf die Schiene) sollen von der IEA als Beispiel verwendet werden. Die IEA ist aufgrund ihrer langjährigen energiepolitischen Erfahrungen, des vorhandenen Wissens und der verfügbaren Informationen am besten in der Lage, diese anspruchsvolle Rolle zu übernehmen.

Eidg. Volkswirtschaftsdepartement
Pressedienst

Eidg. Verkehrs- und Energie-
wirtschaftsdepartement
Pressedienst

Paris/Bern 3. Juni 91

COMMUNIQUE DE PRESSEConférence ministérielle de l'Agence internationale de l'énergie (AIE)

La conférence ministérielle de l'Agence internationale de l'énergie (AIE) s'est réunie à Paris les 2 et 3 juin sous la présidence de Monsieur Adolf Ogi, Conseiller fédéral, chef du Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie. C'était la première fois que la réunion était présidée par la Suisse. Les participants ont rédigé une déclaration commune dans laquelle ils se prononcent sur différents thèmes de la politique actuelle de l'énergie, en particulier la situation dans le monde après la guerre du Golfe et en fonction des profondes mutations survenues en Europe centrale et orientale, ainsi qu'en URSS; les mesures prévisionnelles des pays affiliés à l'AIE pour faire face à de futures crises de l'approvisionnement; l'approvisionnement énergétique dans les années quatre-vingt-dix (diversification, utilisation rationnelle de l'énergie, recherche et développement); les rapports entre l'énergie et l'environnement, ainsi que la future coopération de l'AIE avec les Etats non-membres (notamment les Etats de l'Europe centrale et orientale, l'URSS et les pays producteurs de pétrole). Dimanche soir, le chef du DFTCE a rencontré le ministre japonais du commerce et de l'industrie, Monsieur Eiichi Nakao. Leur entretien a surtout porté sur le programme japonais en matière d'énergie nucléaire et les questions d'élimination des déchets. Dans une autre rencontre, le ministre européen à l'énergie, Monsieur Antonio Cardoso e Cunha a souligné devant le Conseiller fédéral Ogi l'importance de l'AIE dans l'optique de la CE.

La délégation suisse était conduite par le directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, Monsieur Franz Blankart, secrétaire d'Etat. La Suisse s'est associée à la recommandation de l'AIE selon laquelle il importe - la dernière crise du Golfe l'a encore montré - de ne pas réduire les efforts déployés pour constituer des réserves et limiter la demande, en prévision d'une éventuelle crise de l'approvisionnement pétrolier. La Suisse soutient également l'ouverture de l'AIE vers l'extérieur, ainsi que l'adoption d'une charte européenne de l'énergie accessible à tous les pays de l'OCDE. Enfin, notre délégation a donné son accord à l'élargissement prudent et équilibré des contacts avec des pays producteurs et exportateurs de pétrole.

Pour ce qui concerne l'utilisation économe et rationnelle de l'énergie, l'approvisionnement diversifié et les rapports entre l'énergie et l'environnement (pollution de l'air, climat), la délégation helvétique s'est appuyée surtout sur le programme "énergie 2000", adopté par le Conseil fédéral. La Suisse plaide pour une action plus soutenue de l'AIE dans ces domaines. L'Agence devrait en particulier élaborer des recommandations de politique énergétique et prôner une démarche concertée, surtout pour ce qui touche aux normes de consommation d'énergie des installations, des appareils et des véhicules, ainsi qu'aux taxes d'incitation (taxe CO₂). On éviterait ainsi des distorsions de la concurrence et de nouveaux obstacles au commerce, tout en jetant les bases d'une démarche coordonnée et efficace des pays industrialisés. La délégation suisse a également demandé une promotion renforcée des transports publics. L'AIE pourrait s'inspirer des efforts importants déployés par notre pays (Rail + Bus 2000, projet de transversale alpine, transfert du transit marchandises de la route au rail). Etant donné sa longue expérience politique, le savoir acquis et les informations disponibles, l'organisation est la mieux à même d'assumer ce rôle difficile.

Dép. féd. de l'économie publique
Service de presse

Dép. féd. des transports, des
communications et de l'énergie
Service de presse

Paris et Berne, le 3 juin 91

List of Ministers/Heads of Delegations at the IEA Ministerial Meeting

| | |
|------------|---|
| Allemagne | Dr. Dieter von Würzen State Secretary, Federal Ministry of Economics |
| Australie | Dr. Geoff Miller Secretary of the Department of Primary Industries and Energy |
| Autriche | Dr. Maria-Theresia Fekter Secretary of State, Ministry for Economics Affairs |
| Belgique | M. Elie Deworme Secrétaire d'Etat à l'Energie |
| Canada | The Honourable Jake Epp Minister of Energy, Mines and Resources |
| Danemark | Ms. Anne Birgitte Lundholt Minister for Industry and Energy |
| Espagne | Mr. Ramon Perez Simarro Secretary General, Energy and Mineral Resources Ministry of Industry and Energy |
| Etats-Unis | Adm. James D. Watkins, USN (Ret.) Secretary of Energy |
| Finlande | Ambassador Wilhelm Breitenstein |
| France | Mr. Dominique Strauss-Kahn Ministre délégué à l'Industrie et au Commerce Extérieur |
| Grèce | Mr. Stavros Dimas Minister of Industry, Energy and Technology |
| Irlande | Mr. Robert Molloy, T.D. Minister for Energy |
| Italie | Mr. Guido Bodrato Minister for Industry, Commerce and Craftsmanship |

| | |
|------------------|--|
| Japon | Dr. Taro Nakayama Minister of Foreign Affairs |
| | Mr. Eiichi Nakao Minister of International Trade and Industry |
| Luxembourg | Mr. Jean Hoffmann Commissaire du Gouvernement à l'Energie |
| Norvege | Mr. Finn Kristensen Minister of Petroleum and Energy |
| Nouvelle-Zélande | Mr. Michael Lear General Manager, Energy & Resources, Ministry of Commerce |
| Pays-Bas | Dr. J.E. Andriessen Minister of Economic Affairs |
| Portugal | Mr. Luis F. de Mira Amaral Minister of Industry and Energy |
| Royaume-Uni | The Rt Hon John Wakeham FCA JP MP Secretary of State for Energy |
| Suède | Mr. Rune Molin Minister for Industry |
| Suisse | Mr. Franz Blankart Secrétaire d'Etat Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, Département fédéral de l'économie publique |
| Turquie | Mr. Togay Gemalmaz Minister of Energy and Natural Resources |
| CEE | Mr. Antonio Cardoso e Cunha Commissioner for Energy |

Others Attending Ministers-Only Functions

| | |
|---|---|
| Chairman of the Governing Board at Ministerial Level | Mr. Adolf Ogi, Federal Councillor, Ministry of Transport, Communications and Energy (Switzerland) |
| Chairman of the Governing Board at Official Level | Mr. Geoffrey Chipperfield, Permanent Under Secretary, Department of Energy (UK) |
| Secretary General of the OECD | M. Jean-Claude Paye |
| Executive Director of the IEA | Mme. Helga Steeg |
| Deputy Executive Director of the IEA | Mr. John P. Ferriter |